

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 8.

Dienstag, den 11. Januar 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Weiteres zum Militäretat.

Was den Militäretat besonders schwer kontrollierbar macht, das ist der Umstand, daß die einzelnen Ausgaben aus den verschiedensten Fonds bestritten werden. Man braucht bloß einen Blick in den Etat des Kriegsministeriums zu werfen. Diese Kosten sind in Kapitel 14 des Etats mit 3 401 236 Mk. beziffert. Das ist aber in Wirklichkeit nur ein Teil der Kosten. So werden die Ausgaben für die im Kriegsministerium tätigen Adjutanten bei einem anderen Kapitel verrechnet. Die Gehälter der Oberstabsärzte wiederum bei einem anderen Kapitel. Die enormen Kosten der Unterhaltung der Dienstwohnung des Kriegsministers sind wieder anderswo gebucht. Die Reisekosten sind ein Kapitel für sich, es enthält aber auch wieder bloß einen Teil der Reisekosten; der Rest, dessen Höhe sich aus dem Etat überhaupt nicht feststellen läßt, ist auf eine ganze Anzahl Kapitel unter den verschiedensten Bezeichnungen verteilt. Sämtliche Offiziere im Kriegsministerium beziehen außer dem Gehalt noch besondere Stellenzulagen, deren Berechtigung keineswegs begründet erscheint. Von den gesamten deutschen Offizieren dürfte der größte Teil aus irgend einem Fonds noch Zulagen beziehen. Da gibt es Dienstzulagen, Stellenzulagen, Funktionszulagen usw. So beziehen die vier Departementsdirektoren im Kriegsministerium neben ihrem Gehalt von je 13 554 Mk. noch Dienstzulagen in Höhe von je 4500 Mk. Eine Anzahl anderer Offiziere erhalten Stellenzulagen in Höhe von 900 Mk.

Ganz überflüssig erscheint die Militärgesellschaft, die einen Kostenaufwand von 1 294 189 Mk. verursacht. Im bayerischen Landtage ist die Aufhebung dieser Institution erst vor einigen Wochen der Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Wie wenig diese Herren zu tun haben, ergibt sich daraus, daß eine ganze Reihe von ihnen noch die verschiedensten Nebenämter hat, die sie gegen besondere Bezahlung verwalten.

Ganz enorme Dienstzulagen beziehen aber die höheren Truppenbefehlshaber. Neben einem Gehalt von 13 980 Mk. beziehen Armeeeinspektoren und kommandierende Generale je 18 000 Mk., andere Generale 4500 bis 12 000 Mk. Dienstzulagen. Die meisten der Herren haben Anspruch auf Dienstwohnungen mit freier Geräteausrüstung und bezahlen dafür an das Reich 1980 Mk. pro Jahr. Die Unterhaltungskosten einer solchen Dienstwohnung kommen aber dem Reiche im Etatsjahr 1910/11 auf durchschnittlich 16 772 Mk. zu stehen. Für das Dienstgebäude des Kriegsministeriums und des Militärkabinetts werden im neuen Etat gefordert: Kosten für einen Umbau 62 249 Mk., Kosten für Geräte (Möbel usw.) 31 500 Mk. Sonstige laufende Ausgaben 86 983 Mk., zusammen 160 732 Mk. Was unter diesen „Sonstigen laufenden Ausgaben“ zu verstehen ist, ist nicht näher spezifiziert. Die Dienstwohnung des Generalinspektors der Kavallerie kostet dem Reich 25 000 Mark pro Jahr. Der Gouverneur von Berlin bezieht sogar 35 990 Mark Mietsentschädigung! Der Gouverneur bezieht ferner 13 554 Mk. Gehalt und 15 000 Mk. Dienstzulage, kostet den Steuerzahler also 63 544 Mk.! Erst wenn sein jetziger Mietskontrakt abgelassen ist, wird die Mietsentschädigung auf 15 333 Mk. herabgesetzt. Berlin hat außerdem noch einen Kommandanten und einen Platzmajor. Auch die Stelle eines Kommandanten von Glogau ist wieder im Etat enthalten. Glogau hat längst jede strategische Bedeutung verloren, nur ein besetzter Brückenkopf ist dort noch vorhanden, und dieser Erinnerung an vergangene Zeiten halber muß dort ein Kommandant erhalten bleiben mit einem Gehalt von 8772 Mk. und den üblichen Nebenbezügen! Man hat das Gefühl, daß verschiedene solcher Stellen bloß aufrecht erhalten werden, um eine Anzahl Sinekuren bei der Hand zu haben.

Die 12 Adjutanten des Kaisers kommen den Steuerzahlern auf 118 164 Mk., die 65 Adjutanten bei den deutschen Fürsten und Prinzen auf 346 568 Mk. zu stehen. Das Reich unterhält Militärbevollmächtigte in Bern, Brüssel, Bukarest, Konstantinopel, London, Madrid, Paris, Peking, Petersburg, Rom, Tokio, Washington, Wien und München, die zusammen aus dem Militäretat 106 428 Mk. beziehen. Derselben Stellen erscheinen aber noch einmal im Etat, nämlich beim Auswärtigen Amt mit einer weiteren Ausgabe von 94 930 Mk., welcher Betrag die Zuschüsse darstellt. In Petersburg hat das Reich einen Stabsoffizier als Militär-Attachee und noch extra einen Militärbevollmächtigten, der der Suite des Kaisers von Rußland zugeteilt ist. Dieser Offizier, der einen völlig überflüssigen Repräsentationsposten bekleidet, bezieht aus dem Militäretat 10 260 Mk. Gehalt und aus dem Etat des Auswärtigen Amtes

24 000 Mk. Zulage! Als Revanche für diese Aufmerksamkeit hat der russische Kaiser der Suite Wilhelms II. einen russischen General angeheiratet. Genau so überflüssig ist die Stelle eines Militär-Attachees in München, dessen Zulage in Höhe von 6000 Mk. aus dem Etat des Königreichs Preußen fließt. Diese Stelle beruht auf vertraglichen Abmachungen, die aufzuheben nicht schwer sein kann. In früheren Jahren hat man diesen Attachee in München als „preussischen Auspaffer“ angesehen, heute ist er eine Figur, die meist nur bei höfischen Anlässen aufmarschiert.

Eine Ausnahmestellung nehmen die Offiziere des 1. Garderegiments z. F. und des Regiments der Gardedukors ein. Sie erhielten früher besonderes Kleiderzuschußgeld und höheres Tischgeld. Diese Bevorzugung ist verschiedentlich bemängelt worden. Sie ist jetzt verschwunden, dafür aber ist ein neuer Titel in den Etat eingefügt worden. Danach erhalten die Offiziere der genannten Regimenter eine Aufwandsentschädigung in der ungefähren Höhe des Betrages, den sie früher als Kleiderzuschuß und höheres Tischgeld bezogen haben! Dem Regiment der Gardedukors werden außerdem noch 3000 Mark zu „Allerhöchster Verfügung“ überwiesen.

Zu den Ausgaben, über die eine genaue Übersicht nicht zu gewinnen ist, gehören, wie bereits eingangs erwähnt, die Reisekosten. In Kapitel 34 sind sie mit 12 439 135 Mk. eingesezt. Von dieser Summe entfallen auf Dienstreisen 3 583 277 Mk., auf Verkehrrreisen 2 388 852 Mk., der Rest auf Vorspann- und Transportkosten. Solche Kosten stecken aber auch noch in 23 anderen Etatskapiteln, mit anderen Ausgaben zusammengefaßt, so daß sich ihre ziffermäßige Höhe absolut nicht feststellen läßt. So sind z. B. in der obigen Summe die kostspieligen Generalfahrten nicht enthalten.

Über das Reise- und Beförderungswesen bestehen umfangreiche Vorschriften, und auf diesem Gebiete leistet der Bureaokratismus offenbar viel zu viel. Es ist genau festgelegt, wie viele Reisen die höheren Offiziere aus eigener Entschädigung machen dürfen, zu weiteren Reisen bedürfen sie der Genehmigung. Kommandierende Generale erhalten an Reisegebühren, wenn die Reise mehr als einen Tag dauert, pro Tag 35 Mk., Divisionäre 28 Mk., Brigadekommandeure 22 Mk., Stabsoffiziere 17 Mk., Hauptleute 12 Mk., Leutnants 10 Mk., Unteroffiziere 3—6 Mk. Dauert die Reise nur einen Tag, so ermäßigen sich die Sätze um durchschnittlich etwa 25 Proz., im Ausland sind sie entsprechend höher. Dazu kommen dann noch die Fuhrkosten, die auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen 5 bis 9 Pfg., auf Landwegen 30—60 Pfg. pro Kilometer betragen. Bei Verkehrrreisen werden Pauschalsummen bezahlt; für Generale 1800 Mk. und für je 10 Kilometer Entfernung 24 Mk.; Stabsoffiziere erhalten 500 Mark respektive 10 Mark. Unverheiratete erhalten die Hälfte dieser Sätze. Bei der Gepflogenheit, höhere Offiziere mitunter von einem Ende des Reiches an das andere Ende zu verkehren, erwachsen dem Reiche natürlich ganz enorme Ausgaben. Als Unikum sei erwähnt, daß Offiziere, die als Angeklagte zu einem Gerichtstermin in reisen müssen, sowohl Kilometergelder, als auch Tagegelder erhalten. Einen solchen Fall, der geradezu typisch ist, teilte vor einiger Zeit die gewiß sehr militärfreundliche „Straßburger Post“ mit. Ein Oberleutnant im Elsaß war, weil er auf der Jagd einen Bauern angeschossen hatte, vom Kriegsgericht zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. In diesem Verfahren fand unter Zugehörigkeit des Angeklagten eine militärgerichtliche Ortsuntersuchung statt. Für eine Fahrt zu dieser Ortsbesichtigung und zu den Hauptverhandlungen liquidierte der verurteilte Offizier 105 Mk., so daß er nach Abzug seiner Geldstrafe von 100 Mk. noch einen baren Überschuß von 5 Mark vom Staate erhielt. Alle Kosten, auch die des Verteidigers, trägt der Staat. Die „Reisen“ gelten als „Dienstreisen“; zur Hauptverhandlung, zur Ortsbesichtigung, zu allen sonstigen gerichtlichen Terminen wird der Offizier kommandiert, und er darf dafür Reisekosten liquidieren!

Zu der Steigerung der fortlaufenden Ausgaben trägt ferner mit bei, daß die Übungen des Beurlaubtenstandes vermehrt werden. Sollen doch im Laufe des Jahres 1910 nicht weniger als 43 000 Unteroffiziere und 336 000 Mann zu Übungen einberufen werden, ein Teil bis zur Dauer von 56 Tagen. Dazu treten erhöhte Ausgaben für Kriegsmaterial, vermehrte Ausrüstung der Truppen mit Schanzzeug und eine Menge anderer Dinge, deren Aufzählung zu weit führen würde.

So bringt auch dieser Militäretat, der im Zeichen der „Sparfamkeit“ aufgestellt wurde, neben bloß scheinbaren Ersparnissen abermals eine Steigerung der fortdauernden Ausgaben. Bald in langfamerem, bald in schnellerem Tempo, aber ohne jede

Unterbrechung, vollzieht sich das Weiterrücken! Die Völker Europas tragen schwer an diesen immensen Lasten; auf eine Änderung dieses Zustandes kann aber erst dann gerechnet werden, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden aus den Händen der Mächte, haben in die der Völker übergeht!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Großspöcherereien.

Die Marineverwaltung scheint sich in ihrem enormen Selbstbewußtsein bereits völlig über die kompromittierenden Enthüllungen des Kieler Wertprozesses hinweggesetzt zu haben. In der Jahresübersicht des Januarheftes der von der Marineverwaltung herausgegebenen „Marine-Rundschau“ heißt es in dem von dieser Zeitschrift beliebten dekorativen Drapierungstil:

„Allerlei Einflüsse, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, haben gegen Ende des Jahres dazu geführt, daß der bedauerliche Kieler Wertprozeß von einzelnen Stellen als Mittel zum Zweck benutzt wurde, um dem deutschen Volke die Freude an seiner Flotte zu verderben, um Vorwürfe, die richtigerweise nur gegen eine kleine schadhafte Stelle des großen Betriebes zu erheben gewesen wären, zur Anklage gegen die Marine selbst und ihre Angehörigen zu verallgemeinern. Die Marine wird sich in den kommenden Jahren angelegen sein lassen, durch Taten zu beweisen, daß ihr mit den erhobenen Vorwürfen unrecht geschehen ist. Der durch die Eigenart des Kaufes geschärft und durch Auslandskenntnisse erweiterte Blick der Marineangehörigen bürgt bei ihnen für ein wachsendes Verständnis der Forderungen des realen Lebens an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in allen ihren Staatsbetrieben.“

Statt sich in der Zukunftsverheißung zu gefallen, daß sie in kommenden Jahren große Taten vollbringen werde, sollte lieber die Marineverwaltung energische Verwaltungsreformen durchführen.

Demagogen unter sich.

Auf die Angriffe der Nationaldemokraten um Korjanty gegen den Sunkerkügel der polnischen Reichstagsfraktion antworten jetzt die Angegriffenen, indem sie dem Angreifer einen Lügenpiegel vorhalten. In einer der letzten Nummern des Dziennik Slaski wird die „Begründung“ der parlamentarischen Schwänzeri, die Korjanty auf seine alte große Armut zurückführt — er zahle bloß 5 Mk. Steuern jährlich (!) usw. — dahin pariert, daß Korjanty als Mitbesitzer von Rittergütern mit ungeheuren Waldkomplexen in Galizien unmöglich ein so armer Teufel sein könne, wie er vorgebe. Eine Armut Korjantys existiere allerdings, aber sie sei eine politische; von einer finanziellen Armut jedoch sehe man bei ihm nichts. Er habe, anstatt die polnische Fraktion von ihrem „falschen Wege“ bei der Finanzreform auf den richtigen zu bringen und zu diesem Zwecke nach Berlin zu ihren Beratungen zu eilen, es vorgezogen, auf Grund seiner „Armut“ lieber auf die Freisahrt nach der Reichshauptstadt zu verzichten und für sein Geld nach seinen galizischen Rittergütern zu reisen. Das so doch offenbar ein großer Liebesdienst eines „Erzroyalistens“ und „Erzverführers“ der Regierung gegenüber gewesen! Das Getöbe „nach Lische“ gegen die „um Papieralski“ sei eine Komödie, die bei Regierung und Haktisten volles Verständnis finde, die denn auch, wie z. B. die Schlesiische Zeitung dem Korjanty gegenüber liebäugelnd ein Auge zudrücken, die von ihm als „Royalistens“ verlasteten Abgeordneten aber als „Waterlandsverräter“ brandmarken.

Es ist wirklich eine feine, einander ebenbürtige Gesellschaft, die sich da streitet!

Weitere Maßregelungen in Kattowitz.

Die Maßregelungen wegen polnischer Abstammung greifen jetzt auch auf Privatbetriebe über. Wie der „Oberschlesiische Courier“ meldet, wurde von den Hohenlohe-Werken dem Marktscheiderrassistenten Wenzel wegen seiner Abstammung bei den Kattowitzer Stadtverordnetenwahlen gekündigt. Es sollen noch weitere drei Beamte der Hohenlohe-Werke gemäßigelt werden; diese Beamten haben aber sechswohige Kündigung, die erst am 15. Februar auf 1. April erfolgen kann.

Gegen die Plattenheber.

Wohl auf keinem Gebiete der Politik werden die Völker so gegeneinandergehöhelt, wie gerade auf dem der Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Vor kurzem verbreitete die Londoner „Daily Mail“ die Nachricht, daß bei festlichen Anlässen auf deutschen Schiffen stets auf den „Tag der Abrechnung mit England getrunken werde. Die Meldung wurde aber sofort nach Bekanntwerden von einem Mitglied des königlichen Hauses dementiert. Später

hat ein Herr G. Weiß aus London sich an den deutschen Kaiser gewandt um Aufklärung der Angelegenheit. Das Gesuch des Herrn Weiß ist jetzt von dem Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes — das Schreiben ist unterzeichnet vom Vorstand des Bureaus, Fregattenkapitän Hollweg — beantwortet worden. In der Antwort werden die Veröffentlichungen der „Daily Mail“ als eine erfindende Geschichte bezeichnet. Die Meldung entbehre nicht nur jeder Begründung, sondern es bestehen auch keinerlei Tatsachen, die als Grundlage für die Falschmeldung hätten dienen können. Dann heißt es in dem Schreiben wörtlich weiter:

„Die deutschen Seecoffiziere, die die höchste Achtung für ihre britischen Kameraden hegen und eine ebenso große Meinung von ihren Fähigkeiten haben, und die einen Krieg zwischen England und Deutschland als eine große Katastrophe betrachten würden, müssen einen Lauff dieser Art für ein verächtliches Stück Frivolität halten. Außerdem würde die gute Erziehung jeden deutschen Marineoffizier veranlassen, einen solchen absurden Lauff als eine grobe Unschicklichkeit zu betrachten, die zu begehren ihm kein Takgefühl jederzeit verbieten würde. Übrigens sind die deutschen Offiziere überzeugt, daß ihre britischen Kameraden auch nicht im geringsten an die Möglichkeit geglaubt haben, daß diese Behauptung irgend ein Körnchen Wahrheit enthalten könne.“

Defizit im preussischen Etat.

Der neue preussische Etat schließt mit einem Defizit von 93 Millionen Mark ab. Die Besoldungsreform hat volle 200 Millionen Mark erfordert — wesentlich mehr als man annahm — und da auch aus den Eisenbahnen nicht so hohe Überschüsse herauszuholen sind, haben alle Anstrengungen das Defizit nicht verhindern können.

Wahlrechtsmögler.

Der freikonservative preussische Landtagsabgeordnete Freiherr v. Jeditz behandelt im „Tag“ (Nr. 6 vom 8. Januar) die preussische Wahlreform. v. Jeditz ist einverstanden mit einer Reform, indessen er möchte ein Kompromißwerk haben, mit dem alle Parteien, Konservativ, Zentrum und Nationalliberal, einverstanden sein können. Nur dann sei die Reform von Dauer, und sie möge keine heftigeren Kämpfe und weitere Zersplitterung der „staatsbehaltenden“ Parteien nach sich ziehen.

Denn die Erfahrung lehrt, daß gerade solche gesetzgebende Werke am sichersten neuen Kämpfen entrückt werden, welche nach ernstem Ringen eine Gestalt gewonnen haben, durch die zwar keine der politischen Hauptrichtungen voll befriedigt wird, mit der sich aber alle abzufinden vermögen.

Aber wie denkt sich nun der freikonservative Freiherr diese Reform? Er sagt darüber:

Erwägt man, daß der Übergang zum Reichswahlrecht endlich nicht in Frage kommt, und daß in der Stellungnahme zur Wahlreform sich zwei verschiedene Grundansätze deutlich erkennen lassen, die eine, welche auf das Festhalten an den Grundlagen des geltenden Wahlrechts entscheidendes Gewicht legt, während die andere umgekehrt die Verminderung des Einflusses der wohlhabenden Minderheit in den Vordergrund stellt, so läßt sich leicht erkennen, wie die Wahlreform ausfallen muß, damit sowohl Konservativ wie Liberaler und Zentrum sich damit abfinden können. Sie wird den Rahmen und die Grundlinien des Dreiklassenwahlrechts festhalten, aber den Einfluß der minderbemittelten Mehrheit, insbesondere der höheren Gebildeten, auf die Wahlen so verstärken müssen, daß die Parteien, welche darauf Wert legen, einen Fortschritt von erheblicher Art darin zu erblicken vermögen. Wie weit nach dieser Richtung zu gehen sein würde, um einerseits dies Ziel zu erreichen, ohne doch andererseits die Grundlagen des geltenden Wahlrechts zu erschüttern, würde natürlich sehr unklar sein. Aber die Möglichkeit, eine Linie zu finden, auf der beide Teile noch zu ihrem Rechte kommen, ist jedenfalls nicht ausgeschlossen. Die Lösung der Aufgabe würde sich voraussichtlich sogar verhältnismäßig leicht gestalten, wenn man sich über die Einführung der geheimen Wahl verständigt. Alle Liberalen und ebenso das Zentrum legen hierauf so entscheidendes Gewicht, daß sie um diesen Preis füglich über eine auch den Konservativen annehmbare Abmilderung des Wahlrechts mit sich reden lassen würden. Umgekehrt würden die Liberalen, wenn sie sich was aber mehr als zweifelhaft erscheint, mit der Beibehaltung der öffentlichen Stimmabgabe überhanth abfinden können, dies nur um den Preis so weitgehender Änderungen der jetzigen Abmilderung des Wahlrechts zu tun in der Lage sein, daß die Konservativen darin sicher eine für sie unannehmbare Demokratisierung des Wahlrechts erblicken können.

Also die geheime Abstimmung soll der Schlüssel zu dieser wunderbaren Lösung einer Reaktionsäre und Liberale gleichermaßen befriedigenden Wahlreform sein. Aber — Jeditz glaubt nicht, daß sie kommt. Umsoweniger, wenn sie von der Regierung nicht gefordert wird.

Er weiß sich trotzdem zu helfen; zunächst weist er nach der Methode des Herrn Einmelmars nach, daß die geheime Abstimmung eigentlich ganz wertlos ist, und kommt dann zu diesem Schluß:

„Gewinn man aber die Überzeugung, daß die praktische Bedeutung der Form der Stimmabgabe nicht so groß ist, wie gemeinlich angenommen wird, so gelangt man von selbst zu einer weitgehenderen möglichen Lösung des Problems. Vergibt man auf die ausschließliche Anwendung der einen oder der anderen Form der Stimmabgabe und grundsätzliche Zerteilung sowohl der geheimen wie der öffentlichen Abstimmung, je nachdem die tatsächlichen Verhältnisse liegen.“

Des ist die freikonservative Lösung der preussischen Wahlrechtsfrage!

Bassermann wird interpretiert.

Der eine Woche hielt der nationalliberale Abgeordnete Bassermann eine Rede, aus der bürgerliche Blätter die Freizügigkeit herauslesen wollten, einen „Block von Bebel bis Bassermann“ zu bilden. Jetzt tritt die „Nationalliberale Korrespondenz“ diesen Deutungsversuchen entgegen. Sie schreibt:

Bassermann hat in Köln, wie wenige Tage vorher in Reichstag, betont, daß er stets ein Gegner der bürgerlichen Großblockpolitik gewesen sei, und hat für den bürgerlichen Block von Bassermann bis Bebel nur Worte des Spottes gehabt. Diefem Manne Großblockneigungen anzuhängen, dazu gehört schon ein großer Maß von politischer Karapazität. Ein solcher Vorwurf kann sich auch nicht darauf gründen, daß Bassermann in Köln auf Grund

der Erfahrungen seiner engeren Heimat erklärt hat, daß der Mauerungsprozess in der Sozialdemokratie ziemlich vorgegriffen sei. Dieser Anschauung, über deren Bezeichnung hier nicht zu reden ist, steht die auf den Erfahrungen anderer Landesteile beruhende gegenteilige Anschauung anderer Parteiangehöriger gegenüber. Eine solche etwaige Verschiedenheit in der Beurteilung der heutigen Entwicklungstendenz der Sozialdemokratie hat aber mit der grundsätzlichen oder taktischen Auffassung der gegenseitigen Parteibeziehungen nichts zu tun. Wie Bassermann selbst in Köln sagte, werden wir bei den nächsten Wahlen überall auf die Sozialdemokratie als Gegner stoßen und wir werden den Kampf mit ihr bis zum letzten Ende führen, in der Überzeugung, daß ein Aufgeben der Kampfesstellung gegen diese Partei des politischen und wirtschaftlichen Umsturzes und der kulturellen Rückständigkeit ein Aufgeben der eigenen Partei und ihrer Traditionen bedeuten würde.“

Recht so! Wir haben immer nur mitteilend lächeln können zu der Meinung, daß der Nationalliberalismus zu einem eifrigen Zusammengehen mit der Sozialdemokratie gegen die Reaktionsäre sich entschließen könnte. Von einer Partei, deren leitendes Organ den ungeheuren Blödsinn in die Welt setzen kann, die Sozialdemokratie sei eine Partei der „kulturellen Rückständigkeit“, läßt sich nichts Verständiges erwarten.

Die Ergebnisse der Postkonferenz.

Am 7. und 8. Januar fand bekanntlich in Berlin eine Konferenz der Reichspostverwaltung mit Vertretern des Handels, der Industrie und Landwirtschaft statt, der die Aufgabe gestellt war, einige strittige Fragen des Postdienstes zu besprechen. Dem offiziellen Bericht über die Konferenz entnehmen wir das Folgende:

Die von der „Post“ gewünschte Mitwirkung des Publikums bei der Ausfüllung von Posteinlieferungs- und Einlieferungslisten fand allgemeine Billigung. Es wurde für zweckmäßig und erwünscht erachtet, für die Geldeinzahlungen, sofern sie nicht mittels Posteinlieferungs- oder Einlieferungslisten bewirkt werden, nur die neuhergestellten Formulare von Postanweisungen mit anhängendem Einlieferungschein zu verwenden, und die Ausfüllung des Einlieferungscheines wie bei den Zahlkarten im Postüberweisungsverkehr dem Publikum zu überlassen. Eine Änderung des Preises der Formulare wird aus diesem Anlaß nicht beabsichtigt. Ebenso wurde es als Fortschritt begrüßt, daß in geeigneten Fällen die Ausfertigung von Posteinlieferungscheinen dem Publikum überlassen werden soll. Es ist beabsichtigt, zu diesem Zweck besondere Posteinlieferungscheine in Schwarzdruck herzustellen und den Interessenten kostenlos zu überlassen. Die vom Publikum ausgefertigten Posteinlieferungscheine beider Art sollen einen Abdruck des Tagesstempels erhalten.

Ferner wurde es als erwünscht bezeichnet, Abseuer von Paketen auf besonderen Wunsch die Möglichkeit der Erlangung einer Einlieferungsbescheinigung zu schaffen. Das von der Postverwaltung hierfür in Aussicht genommene Verfahren und die Erhebung einer Gebühr von 10 Pfg. für jede Bescheinigung, die zutreffendenfalls mehrere zu einer Paketadresse vereinigte Pakete umfassen kann, wurde gebilligt.

Einen weiteren Beratungsgegenstand bildete die Behandlung der Chiffrebriefe. Es wurde als nicht erwünscht bezeichnet, die Benutzung von Chiffrebriefen auszuschließen oder auf volljährige Personen zu beschränken. Die Einführung von Postlagerkarten zwecks Aushändigung von Chiffrebriefen an bestimmte Personen fand Zustimmung. Postlagerkarten sollen bei jedem Postamt für dort abzuholende Briefsendungen gegen eine Gebühr von 25 Pfg. auf die Dauer eines Monatszeitraumes ausgestellt werden. Der Inhaber erwirkt die Berechtigung zur alleinigen Empfangnahme von Sendungen, die unter der in der Karte angegebenen Adresse, z. B. Postlagerkarte Nr. 42, Berlin W. 8, eingehen. Die Gültigkeit kann auf Wunsch gegen Entrichtung einer weiteren Gebühr um den gleichen Zeitraum verlängert werden. Die Karten werden nicht auf bestimmte Namen ausgestellt, der Antragsteller braucht sich über seine Person nicht auszuweisen.

Eine längere Erörterung entspann sich über die im Postnachnahmeverkehr hervorgetretenen Mängel. Die Vertreter waren in der Mehrheit der Ansicht, daß es mit Rücksicht auf den Umfang, den der Postnachnahmeverkehr angenommen hätte, und auf die Schwierigkeiten, die sich in vielen Fällen der sofortigen Einlösung der Nachnahmen durch die Empfänger entgegenstellen, ohne schwere Schädigung berechtigter Interessen weder angängig sei, die Einlösungsfrist abzukürzen, noch die zweite Vorzeigung von der Entrichtung einer Gebühr durch den Empfänger abhängig zu machen. Dagegen bestand allgemeine Einigkeit, die Arbeitsleistung der Postverwaltung dadurch zu erleichtern, daß für eine Einziehung von Nachnahmen und Paketen Formulare obligatorisch eingeführt würden, die aus der Nachnahmekarte bzw. der Paketadresse und einer daran anhängenden Postanweisung bestehen.

Zum Schluß behandelte die Konferenz die Wiedereinführung des Postankunftsstempels; von der Gesellschaft wird dringend verlangt, daß der Ankunftsstempel wieder eingeführt wird, während die Vertreter der Postverwaltung ausführen, die Aufhebung des Stempels sei von wesentlicher Bedeutung für die Beschleunigung und Sicherstellung der Aushändigung der Briefe gewesen. Die Beibehaltung habe bis 20 Minuten betragen. Bei vielen Postanstalten würden nunmehr Briefe in frühere Bestellungen hineingeworfen. Die Postverwaltung habe den Angaben der Handelskammern, die den Ankunftsstempel insbesondere der Kontrolle wegen reklamierten, volle Würdigung zugewendet. Sie haben aber nicht weiter gehen können, als den Ankunftsstempel bei Einschreib- und Eilbriefsendungen, die so wie in einer besonderen Behandlung bedürften, wieder einzuführen.

Die Reichspostverwaltung bezieht sich nochmalige Prüfung und definitive Stellungnahme vor.

Protest gegen die französischen Zollserhöhungen.

Am 31. März will Frankreich eine erhebliche Zollserhöhung auf Spielwaren in Kraft treten lassen. Damit würde die deutsche Spielwaren-Industrie ungeheuer ge-

schädigt. Die Handelskammern in Sonneberg, Gotha, Hildburghausen und Coburg haben das Reichsamt des Innern um Vermittlung angerufen.

Die schwäbischen Nationalliberalen für Schiffsabgaben.

Die württembergischen Nationalliberalen hielten Sonntag in Stuttgart ihren Landesparteitag ab. Nach langen Redereien über Blockpolitik und den notwendigen Rück nach links wurde eine Resolution zur Frage der Schiffsabgaben angenommen, in der es heißt:

„In dem von Breußen dem Bundesrat unterbreiteten Vorschlag, wirtschaftliche Zweckverbände mit der Ermächtigung zur Erhebung mäßiger Schiffsabgaben zu bilden, erblickt die Landesversammlung einen geeigneten Weg, um insbesondere die Kanalisierung des Neckars ohne Belastung der württembergischen Finanzen durchzuführen.“

Der Landesauschuß der Süddeutschen Volkspartei hat nach dem Vorgange auf dem nationalliberalen Parteitag in Stuttgart erklärt, daß die bisherige liberale Blockorganisation mit der nationalliberalen Partei nach der faeben gefaßten Beschlüssen nicht aufrecht erhalten werden könne.

Österreich-Ungarn.

Eine Verschleppung der ungarischen Krise.

Aus Budapest schreibt man: Nach langem Zögern wurde endlich der Koalitionsregierung der Lauspaß gegeben; die Ministerkrise hat durch die Ernennung des Herrn v. Lukacs zum Ministerpräsidenten ihr Ende erreicht, die parlamentarische Lage bleibt jedoch ebenso verworren wie früher. Die unmittelbare Ursache der Krise bildete bekanntlich die Differenz, die in der Bankfrage zwischen den Vertretern des Beamtenadels und der Dynastie besteht. Das Privileg der österreichisch-ungarischen Notenbank läuft am 31. Dezember 1910 ab und müßte demnächst erneuert werden. Die minderbemittelten Junker wollten aber davon nichts hören, sie fordern die Errichtung einer national-ungarischen Bank zum 1. Januar 1911 und drohen mit der Stilllegung der Gesetzgebungsmaschine, falls ihre Forderung nicht bewilligt würde. Die Dynastie besteht noch energischer auf der Aufrechterhaltung der Bankgemeinschaft mit Österreich. Die wiederholten Versuche der Koalitionsregierung, diese Gegenstände zu überbrücken, sind gescheitert. Eine Lösung der Krise könnte nur erfolgen, wenn die Forderung der Junker bewilligt würde oder wenn ein rückichtsloser Kampf gegen sie eröffnet würde, der so lange andauerte, bis sie müde geworden sind. Nun ist es aber kein Geheimnis, daß der Herr v. Lukacs weder die selbständige Bank bringt, noch hat er die Absicht, einen rückichtslosen Kampf gegen die Junker zu führen. Er soll vielmehr bestrebt sein, zwischen diesen und der Dynastie zu vermitteln, — also ungefähr dasselbe tun, was die Koalitionsregierung ein Jahr hindurch erfolglos tat. Es ist un schwer zu erwarten, daß die Mission des neuen Ministerpräsidenten von einem Misserfolg begleitet sein dürfte. Nicht so leicht ist es aber zu erwarten, was man eigentlich in Wien mit der ewigen Verschleppung der Krise beabsichtigt. Der heutige Zustand ist für die Dynastie fast unhaltbar geworden. Das Budget für das Jahr 1910 ist noch nicht bewilligt und in Ungarn, wo wir keinen § 14 haben wie die Österreicher, hat dies sehr viel zu bedeuten. Seit dem 1. Januar befindet sich Ungarn in dem sogenannten Erleg-Zustand; die direkten Steuern dürfen nicht erhoben werden, es darf die Aushebung von Rekruten nicht erfolgen, für Heereszwecke dürfen keine Staatsgelder verwandt werden. Die Dynastie steht also ohne Steuern und ohne Rekruten. Aber damit nicht genug; der Konfliktstoff häuft sich von Tag zu Tag. Die Zugehörigkeit von Bosnien und der Herzegowina müßte geregelt werden. Staatsrechtlich besteht die Monarchie aus zwei Teilen: aus Österreich und Ungarn. Die annektierten Provinzen müssen entweder zu Ungarn oder zu Österreich gehören. Natürlich möchten die magyarischen Junker ihre Machtsphäre erweitern, die türkischen Provinzen wollen sie Ungarn einverleiben und sonst die Kosten der Inneren nicht bewilligen. Die Dynastie kann diesen Wunsch der Junker schon mit Rücksicht auf die österreichische Bourgeoisie nicht erfüllen. Außerdem wird die Not der Heeresreform von Tag zu Tag akuter. Besonders wird der Ausbau der Flotte immer mehr forciert. Würde aber die Regierung mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage kommen, so rücken die Junker wieder mit ihren sogenannten nationalen Forderungen hervor. Zu alledem kommt noch der Umstand, je unentschlossener die Dynastie ist, je mehr sie von einem offenen Kampfe mit den Junkern zurückschreckt, um so frecher werden diese. Mit der Verschleppung der Krise wird also die Stellung der Dynastie geschwächt.

England.

Gegen Blatchford. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Englands hat in ihrer letzten Sitzung in energischer Weise gegen die bekannten Artikel Blatchfords Stellung genommen und ihre Ansicht in folgender Resolution zusammengefaßt: „Das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Partei lehnt jede Gemeinschaft mit den Artikeln des Herrn Robert Blatchford ab, die dieser über England und Deutschland in den „Daily Mail“ veröffentlicht hat, insbesondere mit Rücksicht auf den darin zum Ausdruck gebrachten imperialistischen Standpunkt und die Zeit ihrer Veröffentlichung. Es spricht ferner sein Bedauern aus, daß ein Sozialist derartige Artikel in einem der hervorragendsten Organe der kapitalistischen gelben Presse von England veröffentlichte konnte. Das Komitee ergreift die Gelegenheit, um aufs neue den deutschen Genossen und durch sie dem deutschen Volke die Gefühle der Kameradschaft und Freundschaft zu übermitteln, sowie den Wunsch, mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die britische und deutsche Regierung zu zwingen, eine Politik der gegenseitigen Verständigung und der Herstellung guten und freundschaftlichen Einverständnisses einzuschlagen.“

Nach John Burns Richard Bell. Der bisherige Parlamentsabgeordnete Richard Bell, einer der liberalen Arbeiterführer, ist nicht wieder aufgestellt worden, eben wegen seiner politischen Haltung. Darauf hat er auch sein Amt als Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft niedergelegt oder niederlegen müssen. Nun ist er von der Regierung im Arbeitsnachweisbureau des Han-

Dankes an gestellt worden. Dem Verdienste seinen Lohn! John Burns ist für seine Abwendung vom Sozialismus Minister geworden und die logale Gesinnung Wells wird durch ein einträgliches Pöbchen anerkannt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 11. Januar.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Fortkuhl in Rücknig (Zwischenmeier Mädel und Wehrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, welche gestern Abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten wurde, war sehr gut besucht. Zunächst wurde vom Genossen Bromme die Abrechnung vom 4. Quartal gegeben. Die Einnahme betrug danach 3984,26 Mk., die Ausgabe 5906,79 Mk. (darunter 1854,42 Mark für die Bürgerstimmwahlen); mithin überstiegen die Ausgaben die Einnahmen um 1922,53 Mk. Am Schlusse des 4. Quartals war ein Kassenbestand von 4188,26 Mk. vorhanden. Die Zahl der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins ist um 116 gestiegen; sie betrug am 1. Januar d. J. 3518. Darauf berichtete Genosse Bromme eingehend über das Ergebnis der im August 1909 aufgenommenen Statistik, zum Schluß zu weiterer intensiver Agitation für die sozialdemokratische Partei und deren Organ auffordernd. Die Statistik wird demnächst im „Volksboten“ veröffentlicht werden. Eine Debatte wurde nicht beliebt. Nimmehr folgte ein Vortrag des Genossen Mehrlein, der das Thema „Der Befreiungskampf des preussischen Volkes von der Herrschaft der Ritter und Heiligen“ behandelte. Redner wies überzeugend nach, daß die ganze wertvolle deutsche Bevölkerung ein großes Interesse an der Schaffung eines freibürgerlichen Wahlrechts in Preußen habe, weil gerade das übermächtige Preußen der Hort der Reaktion in Deutschland sei. Die Art, wie auf dem Preustentage die Wahlrechtsfrage behandelt worden sei, habe ihn, den Referenten, enttäuscht. Die Annahme von Resolutionen genüge nicht; es müßten Straßendemonstrationen beschlossen werden. Auch in den kleineren Städten sei die Aufkündigung der Bevölkerung durch Straßendemonstrationen vorzunehmen. In der Debatte, die sich an das mit lebhaften Beifall aufgenommene Referat angeschlossen, vertrat Genosse B. Löwig den Standpunkt, daß der preussische Parteitag das Richtige getroffen hätte, als er nicht in eine lange Erörterung über das Referat zur Wahlrechtsfrage eingetreten sei. In der angenommenen Resolution und von dem Genossen Ströbel ist betont worden, daß alle Mittel zur Anwendung gebracht werden sollen, um den Wahlrechtskampf zu fördern. Damit ist ausgedrückt, daß unter Umständen auch auf die Straße gegangen wird. Jedoch wäre es taktisch günstig verkehrt gewesen, auf dem Parteitag vor aller Öffentlichkeit zu beschließen, wo und an welchem Tage Straßendemonstrationen veranstaltet werden sollen. In kleineren Städten, in denen keine zahlreichen organisierten und aufgestellten Arbeiter wohnen, ist es überhaupt unmöglich, wirksame Straßendemonstrationen zu machen; und andere schädlichen höchstens die Sache, der sie zu dienen bestimmt sind. Genosse Mehrlein vertrat demgegenüber nochmals seinen Standpunkt. Im Verschiedenen wurde die Errichtung eines Bildungsausschusses, angeregt, die Teilnahme von kleineren Kindern an Tanz- und anderen Vergnügungen kritisiert und der präziseste Beginn der Versammlungen gewünscht.

Nicht zurückgezogen. Die Gewerbebesteuervorlage, welche gegenwärtig dem Bürgerausschuß zur Begutachtung vorliegt und deren Aussichten auf Annahme immer geringer werden, sollte nach Meldung bürgerlicher Blätter vom Senat zurückgezogen worden sein. Jedenfalls wäre es vom Senat klug gewesen, wenn er sich auf diese Weise eine Niederlage, die so gut als sicher ist, erspart hätte. Jetzt meldet das Amtsblatt, daß sich die Mitteilungen von der Zurückziehung der Vorlage nicht bestätigen. Der Senat will es also auf eine öffentliche Verhandlung und im Anschluß daran auf eine Ablehnung ankommen lassen. Der Kampf gegen die Gewerbebesteuervorlage muß jedenfalls nun erst recht mit größter Entschiedenheit geführt werden.

Örtliche Tarifverhandlungen im Baugewerbe. Auf Veranlassung des Unternehmerverbandes „Unterelbe“ fand eine Vertreterversammlung des Arbeiterverbandes und Unternehmerverbandes statt. Die Unternehmer erklärten sich damit einverstanden, daß in allen Orten mit den Arbeitervertretern Verhandlungen geführt werden, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Unternehmer von den bekannten Leitenden des Arbeitgeberverbandes nicht abweichen würden. Dagegen erklärten sich die Arbeitervertreter. — Es wurde dann vereinbart, daß in dem Bezirk in der Zeit vom 7. 1. bis 31. 1. die örtlichen Verhandlungen stattfinden sollen. — Im ganzen Bezirk sind vorläufig circa 27 Verhandlungen festgesetzt.

Zerhöfswalter. Der Senat hat den Buchhalter R. G. H. Dehlschläger mit der kommissarischen Wahrnehmung der Stelle eines Zerhöfswalters betraut und seinen Dienstantritt auf den 1. Februar 1910 festgesetzt.

Neues Formular für Postanweisungen. Die guten Erfahrungen, die man im Postcheck- und Überweisungsbereich mit den Ausfüllungen der angehängten Einlieferungsscheine der Zahlarten gemacht hat, haben zu der Absicht geführt, diese Einrichtung auf Postanweisungen zu übertragen. Das Reichspostamt hat ein neues Formular hergestellt. An diesem befindet sich rechts ein nahezu 7 Zentimeter breiter Abschnitt mit folgender Aufschrift: „Posteinlieferungsschein (vom Einzahler auszufüllen).“ (Die Mark in Buchstaben zu wiederholen.) Das untere Drittel des Abschnitts ist durch einen dicken Strich geschieden und für die Unterschrift des Beamten, den Aufgabestempel und die Nummer des Annahmehabens bestimmt. Nachdem die Quittung vollzogen ist, wird der Abschnitt abgetrennt und dem Einlieferer übergeben. Auch bei allen übrigen Postsendungen gegen Schein ist beabsichtigt, das Vorschreiben der Posteinlieferungsscheine geeigneten Firmen zu gestatten. Es sollen ihnen zu diesem Zwecke die Scheine in Blockform, schwarz gedruckt und mit fortlaufender Nummer versehen, geliefert werden. Die neuen Formulare zu Postanweisungen sollen zu demselben Preise wie die Formulare zu gewöhnlichen Postanweisungen an das Publikum abgegeben werden. Die Scheine in Blockform werden dagegen unentgeltlich an die beteiligten Firmen geliefert. In Zukunft soll für alle Postanweisungen, die nicht mit Posteinlieferungsbuch oder Einlieferungsverzeichnis zum Schalter gelangen, das neue Formular verwendet werden. Eine weitere Neuerung betrifft die Genehmigung der Einlieferung von gewöhnlichen Paketen. Es ist dies insbesondere im überseeischen Verkehr verlangt worden. Hier braucht der Expeditur häufig einen Nachweis

über die Weitergabe der Pakete oder für Zwecke der Versicherung. Für solche Posteinlieferungsscheine ist ein kleines Formular vorgesehen. Bei ihm wird die Zahl der Pakete mit der Adresse vermerkt. Der Beamte fügt lediglich die Aufgabenummer hinzu und stempelt die aufgeklebte Preismarke. Für jede Paketadresse ist eine Gebühr von 10 Pfg. in Aussicht genommen, die durch Aufkleben der Marke auf den Schein zu entrichten wäre.

Trinkt kein Bier zu erhöhten Preisen! So lautet der Beschluß, den hier in Lübeck eine Volksversammlung mit großer Mehrheit gefaßt hat. Bierkonsumenten richtet euch darnach!

Panja-Theater. Infolge des übergroßen Zuspruchs, den das Lustspiel „Donnerwetter tabellos“ gegenwärtig im Panja-Theater findet, wird das Publikum gebeten, die Karten immer einige Tage früher zu lösen. Dies gilt auch namentlich für die Besucher, die auswärts wohnen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch gelangt bei ernährten Breiten Otto Ludwigs wirkungsvolles Schauspiel „Der Erbfürst“ zur nochmaligen Aufführung. Am Donnerstag, abends 7 Uhr, geht in neuer Einstudierung Wagner's „Mistförmig“, „Siegfried“ in Szene. Als Siegfried wird Herr Alois Wenzelmann vom Hamburger Stadttheater ein Gastspiel absolvieren. In Vorbereitung befindet sich „Die Liebe wacht“ von Caillavet und de Flers.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag, dem 14. Januar findet ein einmaliges Gastspiel des Jbhen-Theaters, Internationale Tournee Maria Hoff mit eigenem Ensemble statt. Zur Aufführung gelangt Henrik Ibsen's Schauspiel „John Gabriel Borkmann“, eines der wirkungsvollsten, packendsten Werke des großen nordischen Dichters. Das Ensemble besteht aus den besten Beratern Ibsen'scher Gestalten und hat überall die glänzendsten Erfolge zu verzeichnen. Der Vorverkauf der Billets für dieses Gastspiel beginnt heute, Dienstag, in den bekannten Stellen.

Hamburg. Wegen Bigamie hatte sich der Müllergeselle Johannes Hermann Krug vor dem Landgericht Hamburg zu verantworten. Der Angeklagte hatte sich am 24. April 1892 zu kaltenkirchlich verheiratet. Nach sechsjähriger, nicht sehr glücklicher Ehe hat er seine Ehefrau verlassen und seit dieser Zeit nichts mehr von ihr gehört. Am 19. Oktober 1902 hat der Angeklagte dann in Hamburg einen neuen Eheband geschlossen, obgleich seine erste Ehefrau noch am Leben und seine erste Ehe nicht geschieden war. Als im April 1909 die erste Ehefrau des Angeklagten, die bis dahin als Witwe galt, in Lübeck starb, stellte sie sich heraus, daß ihr Ehemann noch am Leben war. Die Nachforschungen ergaben, daß der Ehemann sich in Hamburg aufhielt und bereits seit 1902 zum zweitenmal verheiratet war. Der Angeklagte erklärte, daß er, da er seit der Trennung von seiner Frau nichts wieder von ihr gehört habe, geglaubt habe, eine neue Ehe eingehen zu dürfen. Der Staatsanwalt beantragte, gegen den Angeklagten eine neunmonatige Gefängnisstrafe. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte offensichtlich aus mangelnder Einsicht gehandelt habe, auf das gesetzliche Strafminimum von 6 Monaten Gefängnis.

Blutkneife. Ein blutiges Drama ereignete sich Montag nachmittags gegen 3 Uhr in Osdorf bei Blankenese. Der einundfünfzigjährige Fuhrmann Johann Eggerstedt gab auf seine Schwägerin Anna Eggerstedt mehrere Schüsse ab und verletzte sie so schwer, daß der Tod sofort eintrat. Dann löstete der Attentäter sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

Wedel. Wahltag. Bei der am Sonnabend stattgefundenen Nachwahl eines Stadtratsordnenen fiel unserer Partei der Sieg zu. Das Resultat der Abstimmung am Sonnabend war folgendes: Genosse Kleinikau erhielt 184, Bäckermeister Gundlach 120 und Gärtnerbesitzer Großheim 55 Stimmen. Keine Festschreibung kann dem Arbeiter auf die Dauer das Rathaus verschließen. Sorgen wir daher immer dafür, unsere Reihen zu stärken und zu festigen.

Einshorn. Auch Gärten schadet das Cosin. In Alteslohe starb ein wertvolles Pferd des Meiereibesizers Scheffler. Das Tier ist an einer Darmenzündung krepieret. Der Tierarzt stellte nach der „Einsh.“ bei der Pferdeleiche fest, daß die Entzündung der Därme von der Farbe der mit Cosin gefärbten Gerste herrühre.

Einshorn. Skandalöse Vorgänge haben sich in der Verwertungs-Anstalt des Kreises Pinneberg zugezogen. Die Kadaververwertungs-Anstalt liegt bei Tornesch, und Angestellte sollen einzelne Tiere abgehaut und die Häute nach Hamburg verkauft haben. Auch Wurst soll dort fabriziert sein. Ein dort beschäftigter Schlächter ist fälschlich geworden und der erste Verwalter Bertram seines Amtes enthoben. Man erwartet von der Aufsichtsbehörde, daß die kuzierenden Gerichte bald klargestellt werden.

Kiel. Zur Lohnbewegung im Kieler Baugewerbe. Nachdem die zentralen Verhandlungen zur Feststellung eines neuen Vertragsmusters für das Baugewerbe zu keiner Einigung geführt hatten, wurde auf Vorschlag der Vertreter des Arbeitgeberbundes vereinbart, zunächst örtliche Verhandlungen stattfinden zu lassen. Für die Provinz Schleswig-Holstein kommen 25 Verträge in Frage. In Kiel fand am Freitag die erste Sitzung in der Provinz statt. Eine rege Debatte rief besonders der § 4 hervor. Derselbe lautet:

Arbeitslohn. Der Stundenlohn beträgt für einen Zimmergesellen 70 Pfg., Maurergesellen 70 Pfg. mit der Maßgabe, daß die Gesellen zu einer angemessenen Gegenleistung und zur Ausführung der bisher ortsüblichen Arbeiten verpflichtet sind.

Für Überstunden 10 Pfg. pro Stunde
Nachtarbeit 15 „ „ „
Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen 15 „ „ „
An Zuschlägen zu vorstehendem Lohn wird vereinbart:

Für Wasserarbeiten und Rammarbeiten auf dem Wasser wird ein Zuschlag von 5 Pfg. pro Stunde vereinbart.

Für Gesellen, die infolge Alters oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, sowie für Junggesellen nach beendeter Lehrzeit und bestandener Gesellenprüfung kann ein geringerer Lohn durch freie Vereinbarung festgesetzt werden.

Hierzu erklärten die Arbeitgeber, daß für die nächste Vertragsdauer (die nach dem Berliner Vertragsmuster fünf Jahre dauern soll), keine Lohnerhöhung gewährt werden könne; die Arbeitnehmer erklärten, so lange nicht eine bestimmte Zeit für die Dauer des Vertrages festgesetzt wäre, auch zu der Lohnfrage keine Stellung genommen werden könne. Herr Frauen gab im Namen des Kieler Ortsvereins die Erklärung ab, daß die Arbeitgeber auch in den nächsten fünf Jahren nicht daran denken, eine Lohnzulage zu gewähren, und daß sie von dieser Meinung nicht

abweichen würden. Von den Arbeitnehmern wurde dann der Antrag gestellt, den bisherigen Vertrag auf ein Jahr mit derselben Lohnhöhe zu verlängern. — Das wurde von den Unternehmern aber strikte abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Vertragsdauer zentral geregelt wird.

Trotz aller neuen Steuern und Lebensmittelerhöhung soll auf Jahre hinaus dem Arbeiter die Aussicht auf eine Aufbesserung genommen werden. Den Bauarbeitern stehen demnach ernste Zeiten bevor.

Holtenau. Der „Kater“ ist noch nicht umgebracht! In der letzten Sitzung der Bürgervertretung erklärte auf Anzapfung durch unseren Genossen Erastion der Präses Berringer im Namen der Theaterkommission, der „Kater Lampe“ sei nicht verboten worden, die Deputation hätte nur, weil „Emilia Galotti“ schon als Volksvorstellung festgelegt war, dagegen sich entschieden, daß nun plötzlich der Plan zugunsten von Rosenoms Kater umgeworfen werde.

Wisnar. Eine Konferenz der sozialdemokratischen Stadtverordneten in Mecklenburg fand am Sonntag in Wisnar statt. Die zur Teilnahme Berufenen waren fast alle anwesend. Die Konferenz bildete eine Beratung, die von 10 Uhr vormittags bis nach 6 Uhr abends währte. Die Arbeiten der einzelnen Stadtvertretungen überhaupt und die der sozialdemokratischen Bürgervertreter im besonderen waren zunächst der Gegenstand der Aussprache. Dann wurden allgemeine Fragen behandelt. Wie ist und wie sollte sein das Steuerwesen in den Gemeinden, welche Art Steuern bekehren, wie sich die Kommunalrechte richten nach der Höhe der gezahlten Steuer, die Schulverhältnisse, welches Schulsystem ist zu erheben, Grund- und Bodenpolitik, Staatsausstellungen, kommunale Unternehmungen, das Verhältnis zwischen Magistrat und Bürgerausschuß, städtische Sparkassen, Entschädigung an die Bürgervertreter usw. usw. Überreich war die Menge des Beratungsmaterials vorhanden. Und die Verhandlungen selbst dürften für jeden Teilnehmer der Konferenz viel Belehrung und Anregung gebracht haben.

Lüneburg. Wilde Sühne für Rohheitsvergehen eines Ordnungsheldens. Vor der Strafkammer in Lüneburg hatte sich am 27. April v. J. der königliche Förster Otto Lauw aus Lüg. früher in Lohan, wegen Körperverletzung im Amte und wegen Beleidigung zu verantworten. Der Angeklagte, der in Lohan auch neun Jahre lang das Amt eines Gemeindevorsethers bekleidete, lebte mit dem dortigen Lehrer August Kruse in Anfeindungen. Am 27. Mai 1908, mittags, traf Lauw auf einem Revisionsgange den K., als dieser einen verbotenen Weg benutzte, um nach dem Bahnhof in Brochhöde zu gelangen. Die Benutzung dieses Nichtweges war Kruse von dem Angeklagten, als das beiderseitige Verhältnis noch ungetrübt war, ausdrücklich gestattet worden. Der Förster vertrat dem Lehrer den Weg, beleidigte ihn durch Schimpfworte und forderte ihn im barschen Tone auf, zurückzutreten. Dabei stieß er mit einem meierlangen, fingerdicken Birkenstock nach Kruse und verletzte ihn durch mehrere Schläge, durch welche der Hut des K. durchgeschlagen wurde und der Geroffene einige, wenn auch unbedeutende Verletzungen im Gesicht davontrug. Selbst, als Kruse sich bückte, um seinen auf die Erde gefallenen Hut aufzuheben, erhielt er noch mehrere Stechhiebe. Lauw soll bei diesem Rencontre auch den Pauf seiner Büchse auf Kruse gerichtet und die Hand hinter dem Rücken am Abzuge gehalten haben. Dies ängstigte Kruse um so mehr, als ihm bekannt war, daß der Angeklagte vor längerer Zeit einen Wilder erschossen hatte. Der Überfall hatte für Kruse einen Herzensstoß im Gefolge, der auch nach einem bis Mitte August gemachten Nekrops nicht vollständig beseitigt war. Vom Schöffengericht in Lüneburg war Lauw wegen Beleidigung zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt, vor der erhobenen Anklage der Körperverletzung im Amte aber freigesprochen worden. Gegen dieses Urteil legte Kr. Berufung beim Reichsgericht in Leipzig ein, das der Berufung, soweit es die Freisprechung betraf, auch stattgab und die Angelegenheit an die Strafkammer in Hildesheim verwies. Diese hielt Lauw schuldig, den Lehrer Kruse in Ausübung seines Amtes mißhandelt zu haben und verurteilte ihn deshalb, neben der vom Schöffengericht in Lüneburg erkannten Strafe, zu 100 Mk. Geldstrafe, eventuell zehn Tagen Gefängnis und in die Kosten. (Als eine ausreichende Sühne der unerhört schweren tatsächlichen Beleidigung kann die erwähnte Geldstrafe nicht angesehen werden.)

Bremen. Bürgerchaftliches. Der letzte Vorstoß unserer Genossen durch zwei öffentliche Volksversammlungen scheint die bürgerliche Mehrheit innerhalb der Bürgerchaft doch milder gestimmt zu haben. Die Feindaren, die in der letzten Sitzung der Bürgerchaft der Führer der 4. Klasse, Herr Garde, hies, sind verschwunden, und aus alledem ist geblieben eine Änderung des § 43 der Geschäftsordnung, welcher bisher besagte, daß sich der Redner an das Wort und die Tagesordnung zu halten und persönliche Angriffe gegen den Präsidenten zu unterlassen hätte. An dem entgegengekommen und um die Konsequenzen, die der § 15 heraufbeschwören würde, zu insizieren, hat man sich auf den § 43 besonnen und eine Erweiterung dahin getroffen, daß diesem der folgende Satz angehängt wird:

Über sich Verletzungen des Anstandes, namentlich persönliche Angriffe, zuzuschulden kommen läßt, wird vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Leistet der Redner dem Ordnungsruf nicht Folge, so entzieht ihm der Präsident das Wort.

Im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung kann das Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden. Leistet dasselbe der Aufforderung des Präsidenten zum Verlassen des Saales keine Folge, so hebt der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit auf oder schließt sie. Wenn während der Dauer der Ausschließung in anderen als Geschäftsordnungsfragen eine Abstimmung erfolgt ist, bei welcher die Stimme des ausgeschlossenen Mitgliedes den Ausschlag hätte geben können, so muß die Abstimmung in der nächsten ordentlichen Sitzung wiederholt werden.

Das zur Ordnung gerufene oder ausgeschlossene Mitglied ist berechtigt, vor Ablauf von zwei Tagen schriftlich beim Bürgeramt Einspruch zu erheben. Der Einspruch ist auf die Tagesordnung der nächstfolgenden ordentlichen Sitzung der Bürgerchaft zu stellen und nach vorhergehender Ausrufung des Präsidenten ist ohne Diskussion zu entscheiden, ob der Ordnungsruf oder der Ausschluß gerechtfertigt war.

Natürlich entspricht die Fassung der Geschäftsordnung des deutschen Reichstags. Sollte vielleicht, um die Ehre des Parlaments zu retten, Herr Hermann, der bremische Reichstagsabgeordnete und Archivar der bremischen Bürgerchaft, dahinter sitzen und zur „Umkopplung“ gebeten haben? Jedenfalls haben die Herren der bremischen Bürgerchaft einen Zurückzieher gemacht, weil man, um im Sinne der bremischen Amtsblätter zu sprechen, den Genossen Henke nicht vergewaltigen und seinen Wählern gegenüber verantwortlich machen wolle. Jedenfalls zeigt dieses Resultat, daß man, wie schon im vorstehenden ausgeführt, gegenüber der Kritik auswärtiger Blätter die Energie, eine Geschäftsordnung zu verschlechtern, die der des preussischen Landtages gleichen werde, nicht hat. Warten wir ab, wie sich die „libe-

den Vertreter unserer Bürgererschaft zu dieser Änderung der Geschäftsordnung stellen werden. „Sie fressen alles!“ jagte einmal einmal ein Dichter.

Bremen. Direktionswechsel am Stadttheater. Der jetzige Leiter des Bremer Stadttheaters, Direktor Neusch, ist aus dieser Stellung plötzlich unter aufsehenerregenden Umständen entlassen worden. Zu seinem Nachfolger hat der Senat auf Vorschlag der Deputation den bisherigen Leiter des Elberfelder Stadttheaters, Hofrat Otto, gewählt. Hofrat Otto entstammt einer angesehenen Künstlerfamilie; sein Bruder Alexander ist ein auch in Lübeck bekannter hervorragender Künstler. Über die Ursache der Entlassung Neuschs verlautet, daß ein in seiner Ehre gekränkter Berliner Herr dem Bremer Senat Briefe Neuschs vorgelegt hat, die über die Beziehungen Neuschs zu der Gattin jenes Herrn die übrigens in Nagant nicht mit Neusch, sondern mit einer anderen Persönlichkeit ercappt wurde, keinerlei Zweifel bestehen lassen. An die Vortragung dieser Briefe, in denen

im übrigen auch despektierliche Bemerkungen über Mitglieder des Bremer Senats enthalten sein sollen, war die Bedingung geknüpft, es möge Herr Direktor Neusch sofort die Konzeption entzogen werden, widrigenfalls durch Veröffentlichung dieser Briefe die Meinung Bremens gegen den Pächter des Theaters mobilisiert werden solle. Um dem drohenden Skandal zu entgehen, hat die Deputation für das Stadttheater in Bremen Herrn Neusch Bedingungen gestellt, die seinen freiwilligen Rücktritt notwendig machten.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.
Montag, 10. Januar.

D. Malmö, Kapt. Jollin, von Kopenhagen in 14 St.
D. Ludwig Kollberg, Kapt. Pälsson, von Malmö in 30 Std.
D. Gypref, Kapt. Davidson, von Flensburg in 13 Std.

Schiffsbewegungen.

D. Peter Brahe, Kapt. Lindroos, ist Sonntag morgen in Abo angekommen.
D. Stockholm, Kapt. Diekmann, ist Sonntag früh von Königsberg nach hier abgegangen.
D. Pania, Kapt. Schmalfeldt, ist Sonntag abend in Libau angekommen.

Suittung.

Für den Brechfonds gingen ein:
Vom Verband der Bäcker 5 Mk.
Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

H. T. V.

Festkomitee Mittwoch abend 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

D. C. F.

Donnerstag abend 8 1/2 Uhr: General-Verammlung im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Eine Zweizimmerwohnung, Mitte der Stadt. Näheres bei Ed. Schlomer Jr., Breitestr. 85/87.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1910

Geb. 50 Pf. Porto 10 Pf.
Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle in Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.

Der diesjährige Kalender enthält u. a.: Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Stimmenzahl der einzelnen Parteien bei der letzten Wahl und Stärke der Fraktionen. — Biogr. Notizen unserer Reichstagsabgeordneten. — Die bürgerlichen Parteien Deutschlands. — Aus den sozialdemokratischen Organisations. — Preissteigerung und Arbeitslohn. — Was die Verfassung lehrt. — Sozialdemokratische und Gewerkschaftspressen. — Die Gewerkschaften Deutschlands. — Internationale Streit- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1908. — Adressen der Arbeiter-Sekretariate und der Vorstände der Zentralverbände. — Adressen der deutschen sozialdemokratischen Vereine im Auslande. — Die deutsche Gewerbeinspektoren. — Kalenderium und Geschäfts-Kalender. — Portofreie. — Briefliches Adressenmaterial. — Außerdem enthält der Kalender ein hübsch ausgeführtes Selbstporträt sowie die Porträts der in Nachwahlen gewählten Gewerkschaften, Arbeiter u. Schöpfer. — In beziehen durch jede Parteibuchhandlung und bei den Parteiposten.

Der Verlag: Buchhandlung Vorwärts Berlin 52. 68.

Weltall und Menschheit.

Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.
Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,
zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.
Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.
Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrass 46.

Kleine Wohnung in der Chaotstraße, 3. Etage, 2 Stuben, Küche, Klotz, Keller, Preis 160 Mk.
Näheres Ratstraße 22, pt.

Zwei Zugänger

zu verkaufen
Sedanstraße 18a, I.

E. Boy, Königsstr. 61, T. 1811.
Markt. St. 46.
Kotzungen, Echellische, Rabliau, Dorich, Seelachs und Hamburger Sint, Hfd. 10 und 15 Pfg.
Lebende Holfsteinische Karpfen.

Buchbinderarbeiten, sowie Einrahmen von Bildern übernehmen billig.
H. Klempau, Johannisstr. 38.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24.

Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgefordert werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionskassier Fischergg. 52.

Sozialdemokrat. Frauen.

Mitglieder - Versammlung am Donnerstag, dem 13. Jan., abend 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Sitzung der Schulinder.
3. Vortrag über: Der Alkohol, ein Feind der Arbeiterklasse.
Referent: Genosse Diez.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Gimbarnjerin.
Zur Nachricht! Laut Versammlungsbeschluss finden die Frauenversammlungen von nun ab regelmäßig jeden 3. und 5. Donnerstag im Monat statt.

Sterbefälle „Die Vertrauliche“ in Lübeck.

General-Verammlung am Mittwoch, 9. Februar 1910 abend 9 Uhr im Kempfers Gesellschaftshaus „Bürgerverein“. Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 12. Januar abend 8 Uhr.

in der Stadthalle:
14. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)
Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.

Walzer- und Operetten-Abend.

Zur Aufführung kommen u. a.:
G'schichten a. d. Wiener Wald J. Strauß
Potpourri a. Zigeunerbaron J. Strauß
Potpourri a. Walzertraum O. Strauß.
Süße Mädeln J. Reinhardt.
Programm in Lübecker Konzert-Anzeiger.

Hansa-Theater.

Täglich 8 1/4 Uhr:
Nur noch wenige Aufführungen.
Gastspiel des Thalia-Theaters, Elberfeld
„Das Sensations-Ereignis“
„Donnerwetter tadello“
Gr. hum. Ausst.-Revue in 8 Bildern mit Ges. u. Ball. v. Julius Freund.
Musik von Paul Lincke.

1. Bild: Geburtstag der Venus.
2. Bild: Vor dem Hotel Kaiserhof in Berlin.
3. Bild: Ein Five o'clock im Kaiserhof.
4. Bild: Eine Reform-Kaserne.
5. Bild: Aus Deutschlands grossen Tagen.
6. Bild: Auf der „lla“ in Frankfurt a. M.
7. Bild: Der Luftschiffer-Korso.
8. Bild: Grosse Pracht-Apotheose Deutschlands (Zukunft).

3 große Balletts
Eine wahre Pracht an glänzender Ausstattung u. feenhaften Lichteffecten.

Deutscher Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, 12. d. M., abend 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gen. Brömmel über: „Kapital und Arbeit“.
2. Abrechnung vom 4. Quartal 09.
3. Antrag der Vertrauensmänner.
4. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung.

Stadthallen-Theater.
Freitag, 14. Januar. 7 1/2 Uhr.
Einmaliges Gastspiel des Ibsen-Theaters

Internation. Tournee Marie Rehoff, mit eigenem Ensemble.
John Gabriel Borkmann.
Schauspiel von Henrik Ibsen.
Sonderkarten ungünstig.
Gewöhnliche Preise.
Vorverkauf täglich in den bekannten Stellen bei Nagel, Markt 14, und Ros. Kohnmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 12. Januar. 7 1/2 Uhr.
Außer Ub. Ermäß. Mittwochsp.

Der Erbförster.
Schauspiel von Otto Ludwig.
Donnerstag, 13. Januar. 7 Uhr.
Voll-Ab. 102. Donnerstag-Ab. 17.
Erhöhte Preise.

Gastspiel des Königl. Kammerfang.
Alois Pennarini vom Hamburger Stadttheater.
Siegfried.
Mussdramen von R. Wagner.
3. Teil aus dem Bühnen-Festspiel „Der Ring des Nibelungen“.

Fernri 321.
Dampf-Korn-Brauerei Buntekub
Lübeck.
Buntekub-Kümmel
Triinkt

Gesangverein „Eintracht“

BALL
am Sonntag, dem 16. Januar 1910,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Der Vorstand.

Der Drang nach Sibirien.

In den letzten Wochen durchlief die russische Öffentlichkeit der Schauer, das Land stehe vor einem neuen Krieg mit Japan. Man ist jetzt, nämlich, in Rußland anders gestimmt, als 1904, da man glaubte, die kleinen Japaner, die „Mokaken“, samt ihrer Insel in die Tasche stecken zu können. Die russische Regierung beeilte sich, die Nachricht zu dementieren: die Beziehungen zu Japan seien durchaus gut und freundlich, die Regierung bemühe sich, die zurückgebliebene Verbrossenheit auszumerzen, d. h. Rußland in seiner Großmut suche den Sieger freundlich zu stimmen. Japan dementierte ebenfalls die Nachricht von der Kriegsgefahr. Das stimmt auch: von einem neuen Krieg ist keine Rede. Nur Zeitungschmucks, die ihre Ignoranz hinter lärmenden Worten verstecken, und Politiker, die Sensation brauchen, um ihren Betätigungsdrang aufzupeitschen, konnten erstlich von naher Kriegsgefahr sprechen: Rußland fürchtet den Krieg, und Japan braucht ihn vorläufig nicht. Deshalb ist aber die Stellung Rußlands in Ostasien nicht minder kritisch.

Kaum daß sich die Kriegsgerüchte verflüchtigt haben, kommt jetzt die neue Nachricht, Rußland sei im Begriff, den ihm verbliebenen nördlichen Teil der Insel Sachalin an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Diese Nachricht wurde bis jetzt nicht dementiert, sie hat auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich.

Seit ihrem Krieg mit Spanien und der Annexion der Philippinen ist der Drang der Vereinigten Staaten nach der ostasiatischen Küste des Stillen Ozeans eine offene Tatsache. Sie beteiligten sich seitdem in hervorragender Weise an der Politik des Fernen Ostens, spielten eine demonstrative Rolle bei dem russisch-japanischen Friedensschluß, machten auch neulich in der großen Öffentlichkeit viel von sich reden durch ihre Flottendemonstration in den chinesischen Gewässern. Daß sie ernstlich daran denken könnten, sich in Sachalin festzusetzen, ergibt sich schon aus den allgemeinen Grundzügen ihrer ostasiatischen Politik. Dazu kommt aber noch, daß sie seit langem das intensive Bestreben zeigen, in Sibirien einzudringen.

Solange die Vereinigten Staaten ein reines Agrarkulturland blieben, hatten sie keine Handelsbeziehungen zu Sibirien. Bis zum Bau der großen sibirischen Eisenbahn blieb Ostsibirien fast ebenso vom Weltverkehr abgeschlossen, wie Transhimalaya. Von Europa war es durch Rußland getrennt und für Rußland erschien hinter Sibirien das Ende der Welt. Indessen nun die große Transversalbahn Sibirien dem Weltmarkt angeschlossen, haben die Industrieländer der Vereinigten Staaten, der wirtschaftliche Aufschwung in Kanada und die Goldsunde in Klondike den Amerikanern zum Bewußtsein gebracht, daß sie, neben Rußland, die unmittelbaren Nachbarn Sibiriens sind, von diesem nur durch eine Meerenge getrennt, und daß Sibirien für sie den Übergang nach Europa bildet. Wie weit die sibirischen Pläne der Amerikaner gehen, zeigt die Tatsache, daß in Colorado ein Konsortium mit 50 Millionen Dollars Grundkapital sich gebildet hat, um eine Eisenbahn durch den ganzen Nordosten Sibiriens nebst Tunnel unter der Beringsstraße zu bauen und so eine direkte festländische Verbindung zwischen dem sibirischen — folglich auch europäischen Eisenbahnsystem herzustellen. Bekannte amerikanische Finanzgrößen standen dahinter — es soll übrigens auch die Bank von Frankreich daran beteiligt gewesen sein — sie wollten die Eisenbahn auf eigene

Kosten bauen und verlangten bloß Landkonzessionen, 24 Kilometer zu jeder Seite der Linie. Die russische Regierung verweigerte jedoch 1907 die Konzession — offenbar, weil sie den wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einfluß Amerikas fürchtete, der mit dem Schienenstrang nach Sibirien eingebracht wäre. Der amerikanische Imperialismus schreckt vor der Kälte Sibiriens ebensowenig zurück, wie der europäische Imperialismus vor der Tropenhitze Afrikas. Als ein kaltes Afrika, als ein gewaltiges Kolonialgebiet erscheinen in seinen Augen die Wälder, Flüsse und Gebirgsketten Sibiriens.

Die Hauptgefahren für die russische Herrschaft in Sibirien entwickeln sich aber an der chinesisch-koreanischen Grenze. Um die Vorgänge dort zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß die russische Politik im Fernen Osten durch die kapitalistische Entwicklung Ostasiens längst überholt wurde. Rußland war mit seiner sibirischen Eisenbahn noch lange nicht fertig, als der Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges die Herausbildung des asiatischen Industriestaates anzeigte. Wenn auch überrascht durch diese Ereignisse, war die russische Regierung schlau genug, Vorteile für sich daraus zu ziehen. Sie änderte die Trasse der Eisenbahn und führte sie durch chinesisches Gebiet: so entstanden die ostchinesische und die mandchurische Bahnstrecke. Nach der Okkupation von Port Arthur zog Rußland, schnell entschlossen, die Eisenbahnlinie direkt nach dem Süden und schuf eine Verbindung mit Peking. Nach dem russisch-japanischen Krieg hat Rußland Port Arthur und den südlichen Teil der mandchurischen Bahn an Japan abgeben müssen. Aber auch seine Stellung auf den übrigen Strecken, soweit sie durch chinesisches Gebiet laufen, ist eine prekäre geworden. Vor dem Krieg waren ihm diese Eisenbahnen ein Herrschaftsmittel, sie sicherten ihm die Okkupation des Gebiets, — jetzt kann von Okkupation keine Rede sein, und Rußland erscheint als der Eigentümer von Bahnen, die einem fremden Staat angehören. Profit bringen sie ihm keinen; im Gegenteil, sie erfordern Zuschüsse; einen strategischen Wert haben sie für Rußland nicht mehr, wohl aber für China, das sich auch beeilt hat, Anschlußbahnen zu bauen; so daß im letzten Grunde mit dem russischen Geld die Kosten der chinesischen Verteidigung oder Offensive gegen Rußland bezahlt werden. Andererseits aber erscheint die russische Transversalbahn durch diese chinesischen Strecken im Kriegsfall blockiert! Es zeigt sich, daß Rußland durch den Krieg weit mehr verloren hat, als was es durch die Abmachungen in Portsmouth hat zugewonnen müssen: es verliert nicht bloß den südlichen Teil, sondern die ganze mandchurische und ostchinesische Eisenbahn — mit dem Unterschied, daß es für die letzteren noch die Unterhaltungskosten zu bezahlen hat — und selbst Wladivostok, der Hafen, den man durch die sibirische Bahn hat erreichen wollen, erscheint jetzt durch die chinesischen Strecken von dieser getrennt.

Um sich einen Ausweg zu schaffen, baut jetzt Rußland die Amurbahn, die durch russisches Gebiet bis an die Küste geht. Wo eine Bahn sich nicht rentiert, sollen jetzt also zwei Bahnen laufen, wobei noch die letztere doppelgleisig. Ein strategisches Übergewicht gibt die Amurbahn Rußland noch immer nicht, weil die chinesische Strecke die weitaus kürzere ist und weil China und Japan nicht erst ganz Sibirien zu durchqueren haben, um das Amurgebiet zu erreichen. Ueberdies baut jetzt Japan in Korea Anschlußbahnen an die mandchurische Strecke. Das einzige Er-

gebnis der Amurbahn war bis jetzt, daß ihr Bau eine zahlreiche chinesische Einwanderung in das russische Gebiet angelockt hatte.

Japan sowohl wie China haben gewiß kein Interesse, diese Entwicklung durch einen Krieg gegen Rußland zu unterbrechen. Ihre strategischen Stellungen erstarken mit jedem Tag, ihr politischer und wirtschaftlicher Einfluß wächst. Je mehr die kapitalistische Entwicklung dieser Länder fortschreitet, desto mehr ist das der Fall. Es bildet sich in Ostasien ein Weltmarktzentrum, um das sich sämtliche Industriestaaten der Welt bewerben, — dieses Weltmarktzentrum kann nicht umhin, mit der Zeit auf das nahe Sibirien einen maßgebenden wirtschaftlichen Einfluß auszuüben. Der wirtschaftliche Schwerpunkt Sibiriens wird von dem Westen nach dem Süden verlegt. Die Bewegung nimmt einen umgekehrten Lauf: nicht mehr über Sibirien nach Ostasien, sondern von Ostasien nach Sibirien. Wie es innerhalb der kapitalistischen Entwicklung nicht anders sein kann, wird dem wirtschaftlichen auch das politische Vordringen folgen.

Die Folgen für das europäische Rußland und für ganz Europa sind von großer Tragweite. Eins nur sei noch an dieser Stelle hervorgehoben: bis jetzt konnte Rußland seine ganze militärische Macht auf seine Westgrenze konzentrieren, weil es von anderen Seiten unzugänglich war, auf seinem ungeheuren Hinterland beruhte seine Stärke, — jetzt ist gerade der asiatische Osten sein schwächster Punkt, es muß dort strategische Bahnen bauen, Militär unterhalten und kann sich in keinem europäischen Kampf einlassen, ohne seine ostasiatischen Interessen preiszugeben. Rußland ist nicht nur einmal von Japan geschlagen worden, sondern seine ganze Weltstellung ist verändert. Sibirien aber ist nur ein Teil des großen russischen Problems, das nunmehr durch die Geschichte vor die Welt gestellt wird.

Aus der Partei.

Beleidigung von Offizieren. Der verantwortliche Redakteur Hermann Müller von der „Lübecker Volkszeitung“ wurde wegen Beleidigung des Regimentskommandeurs Frh. v. Odeleben und des Leutnants Barneboldt zu 400 Mark Geldstrafe oder 40 Tagen Gefängnis verurteilt. Am 9. Juli v. J. brachte die „Volkszeitung“ aus der Feder eines Landwehrmannes eine Schilderung der Kameradenfreude, in der die Befreiung des Urlaubs, der Rückgang, ganz besonders aber die Feuerlöschung, kritisiert wurde, die die Landwehrmannschaften in der letzten Nacht vor ihrer Entlassung zu machen hatten. Nach dieser Abung unterhielten sich die Leute noch im Schlafsaal, ein Leutnant gebot Ruhe und ließ die Leute wieder aufstehen, um angeblich Ruhe zu schaffen. Darüber sind die Mannschaften entrüstet gewesen. Das Regiment fühlte sich durch die Darstellung und Kritik dieser Dinge beleidigt und die Verhandlung endete, wie bereits bemerkt, mit der Verurteilung Müllers zu 400 Mk. Geldstrafe.

Wegen Beleidigung der Krankenhausverwaltung in Bönnek hatte sich Genosse Zorn vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die vor circa 1/2 Jahr erschienene infaminierte Notiz beschäftigte sich in der sachlichsten Form mit den Zuständen im Bönnecker Krankenhaus, die abzustellen der Bönnecker Magistrat aufgefordert wurde. Leider bestätigte die Verhandlung wieder einmal die Unzuverlässigkeit mancher Berichterstatter, denn eine Reihe Zeugen bekundeten, daß im Krankenhaus alles in Ordnung war, während die Entlassungszeugen verlagten. Genosse Zorn wurde nach

Am Webstuhl der Zeit.

Sozialpolitischer Roman in drei Büchern von A. Otto Walster.

141. Fortsetzung.

Mensch aber verfehlte nicht, die frohe Kunde von den fünf Minuten mitzutellen, wohin er kam, und als viele Arbeiter noch zweifelten, konnte er auf eine rote Fahne zeigen, welche plötzlich aus eben jenem Fenster herausgesteckt wurde und den Argbedrängten wie ein Regenbogen erschien.

Und dieses Aufmunterungsmittel war wirklich nicht vergebens, denn eben stürzten eine Kompanie Grenadiere auf die vorderste Barrikade los. „Guten Tag, meine Herren,“ rief ihnen Mensch entgegen, „wollen Sie eintreten? Tut mir leid, hier ist kein Platz.“

Und nun alle disponiblen Leute herankommend, zog er den Revolver und suchte nach den Offizieren, von denen er alsbald zwei niederknallte. Aber beim Umwenden traf ihn eine Kugel in die Schulter, die ihn aufs äußerste erbitterte.

„Wie?“ rief er, „Kerle, könnt Ihr mich nicht von vorne treffen, wie sichs gehört? Soll Olga vielleicht mich mit Wigen zu Tode jagen, weil ich wie ein Feigling von hinten vermundet bin? Hurn, Leute, wer Courage hat, mir nach!“ und damit stürzte er, ohne zu fragen, wer ihm folgte, über die Barrikade weg nach den Grenadiern.

Sein Wunsch wurde reichlich erfüllt; ein Stich in die Brust, einer in den Schenkel und endlich ein gewichtiger Kolbenschlag über den Kopf stürzten ihn zu Boden, um zum Aberschluß bekam er auch noch einen heißen Strahl auf den Rücken, der ihm schnell bis auf die Haut drang, aber auch vor weiteren Mißhandlungen schützte, denn zwei Soldaten stürzten, von demselben Strahl im Gesicht getroffen, über ihn weg und bedeckten seinen Körper ihm zur Last, aber auch zum Schutze.

Zur selben Zeit sprengten die Leute Findeisens den Teil der Schanze, über welche sich zwei Barrikaden des Militärs erhoben hatten. Menschen, Balken und Steine zogen hoch in die Luft, ein fürchterliches Geschrei machte die Luft erzittern, und an der Spitze einer entschlossenen Schar von Maschinenarbeitern und Bergleuten stürzte Findeisen über den Postplatz der Post zu, um dieses, im Mittelpunkt gelegene, massive Gebäude in Besitz zu nehmen. Da mit einem Male löste sich von einem Winkel des Platzes eine geschlossene Schar von drei- bis vierhundert Männern, ausgezeichnet durch weiße Binden und durch eine

mehr bürgerliche als militärische Kleidung. Diese Schar eilte gleichfalls dem Postgebäude mit dem augenscheinlichen Bestreben zu, es vor den Angreifern zu erreichen. In der Nähe der Post mußten sie zusammenstoßen. Findeisen sah sich um; höchstens 80–90 Mann waren ihm gefolgt, er schwenkte dem offenen Tore zu.

„Wohin, Herr Findeisen?“ rief ihm eine Stimme zu, und aufblickend sah er die hohe Gestalt Howalds, der ihm mit dem Weger in der Hand den Weg vertrat.

„Blah, Blah,“ rief Findeisen nach der ersten Überraschung und erhob den Säbel, ihn über dem Haupte des Gegners schwingend.

„Halt!“ rief eine andere Stimme, die ihn im Tiefsten der Seele erbeben ließ.

Findeisen sah sich seinem Vater gegenüber, und der erhobene Arm fiel matt am Körper nieder.

„Gib dich!“ rief der Vater und sagte nach dem bewehrten, des Widerstands nicht mehr fähigen Arm, um ihn die Waffe zu entwenden.

„Mut, Mut! Freiheit, Freiheit!“ erscholl es da wieder von neuem, und an der Spitze von etwa 50 bis 60 vom Pulverrauch geschwärzten Arbeitern stürzten Jwan und Streit heran. Eine Gewehrsalve von einer seitwärts postierten Infanterieabteilung schlug zwar in ihre Reihe und verminderte ihre Zahl, das beirrte indessen die Wackeren nicht, die ihren Brüdern zu Hilfe kamen; im Augenblicke waren Streit und Jwan an des Bedrängten Seite, Findeisens Leute fasten wieder neuen Mut, sobald sie nunmehr vereint mit den neuzugewonnenen Gefährten, mit vermehrter Wut auf die Bürgerwehr einbrangen, die sich nur unbehilflich verteidigte und schrittweise vor der kaum halb so starken Zahl der Arbeiter zurückzuweichen begann.

„Steht, Männer,“ rief Howald ergrimmt, „wollt Ihr vor Euren Arbeitern ausweichen?“

Dieser Ruf stachelte die Bürgerwehr auf, und sie begann zu stehen, teilweise wieder vorzudringen. Der alte Findeisen war durch diese Stöße und Gegenstöße von seinem Sohn getrennt worden und geriet in das Handgemenge, wobei ihm ein Schlag mit einer Eisenstange die Platte aus der Hand schlug, ein anderer aber ihm den Kopf verlegte, so daß er zurücktaumelte, ein Dritter wollte ihm das Bajonett durch den Leib rennen, aber da stand der Sohn, der sich mit Riesenkraft herangearbeitet, vor dem Vater, hielt das Bajonett an und rief:

„Zurück! es ist mein Vater!“
Der Arbeiter wich zurück; die Bürgerwehr nahm den Verwundeten in ihre Reihen ein und konnte es

um so ungehemmter tun, als gerade in diesem Augenblicke jene Infanterieabteilung, welche die Salve gegeben, einen Bajonettangriff in die Flanke der Arbeiter ausführte.

Findeisen wandte sich um nach Deuten, aber Howald, der ihn unvermutet bei dieser Wendung am Hals in die Kleidung faßte, riß ihn zurück und schrie den Bürgern zu: „Nehmt ihn mit.“

„Nehmt ihn mit, nehmt ihn mit, keine Schonung!“ rief der Möbelfabrikant Kollfuß und ließ den Bedrängten mit aller Kraft den Büchsenkolben vor die Brust, daß er wankte und ihm das Blut aus dem Munde hervorquoll. Jwan, der sich unter unfähiger Mithilfe herangearbeitet hatte, fing ihn im Arm auf und streckte ihn zum Schutze den Säbel vor. Der nachgiebige Möbelfabrikant aber stürzte mit gehobener Büchsenkammer von neuem auf die beiden. Jwans Degen war nicht imlande, die Wucht des Schlags zu parieren, der sein Haupt traf, daß er nunmehr samt seiner Last zu Boden fiel. Kollfuß sollte seinen Triumph nicht lange genießen, denn trotz des Handgemenges, in welchem die Arbeiter durch die Übermacht von zwei Seiten immer mehr nach der Post zu gedrängt wurden, war es Streit gelungen, sich nochmals zu den beiden heranzuarbeiten, und nun fiel auf den blutigeren Kollfuß, der nur noch seine Opfer sah, ein mächtiger Säbelhieb, der zwar am Gesichte abglitt, aber doch ziemlich tief in die Schulter drang und ein Ohr vollständig vom Kopfe trennte. Der hierdurch gemährte kurze Augenblick der Erholung genigte aber für Jwan, sich wieder zu erheben und unter dem Schutze Streits von neuem den verwundeten Kameraden zurückzuführen. Wahrscheinlich nur um einige Schritte, denn wenn auch Streit statt des Degens die dem Möbelfabrikanten entfallende Platte erfaßt hatte und die Bürger ihrerseits immer mit einiger Vorsicht vorwärts drangen, mußte er sich, bereits aus mehreren Wunden blutend, sagen, daß ihre Lage trostlos geworden.

Und unvermeidlich schien ihr Untergang, sowie der der kleinen todesmutigen Schar, die mehr und mehr zusammenschmolz. Da aber erscholl lauter und mutiger der Ruf: „Freiheit! Freiheit!“ — Einige hundert Erdbarbeiter waren es von der Eisenbahn, die, zum Teil nur mit Schaufeln, Hacken und Stangen bewaffnet, unter Franks Führung herankamten und das Treffen wieder zum Stehen brachten.

„Und Freiheit, Freiheit!“ rief es von neuem, denn jetzt eilten, geführt von dem Philosophen, der sich seiner Wunden halber von einem riesigen Arbeiter auf den Schultern tragen ließ, die wohlbewaffneten Leute heran zu deren

dem Antrag des Amtsanwalts zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Der Kölner Polizeikampf gegen Kindergefang. Wir berichteten, daß die königliche Regierung die Schulkollegen in Köln erfaßt habe, den Schulkinder die Teilnahme an den Gesangsübungen des von dem Arbeitergefangverein „Lura“ eingerichteten Kinderchors zu verbieten. Die Kölner Schulverwaltung ist georgian über den ihr von der Regierung hingehaltenen Stoß geäußert. Sämtlichen Schulen der Stadt Köln ist folgende Verfügung der städtischen Verwaltung zugegangen: „Polizeilichers ist festgestellt, daß der Arbeitergefangverein „Lura“, dessen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei angehören, einen Kinderchor gebildet hat, dem zurzeit etwa 90 Kinder im Alter von 8 bis 16 Jahren angehören. Tripartit dieses Chores ist der Gefangene Lehrer W. Bader. Die Proben finden jeden Mittwoch von 4-6 Uhr in einem Saale des Volkshauses, Severinstr. 199, statt. Im Auftrage der königlichen Regierung werden Sie hierdurch ersucht, den Kindern Ihrer Schule die fernere Teilnahme an den Gesangsübungen des Kinderchores des genannten Vereins unversichtlich auf strengste zu verbieten.“ — Auf welche Befehlsbestimmungen sich die Regierung bei diesem Eingriff in die Elternrechte zu stützen gedenkt, ist in der Verfügung nicht gesagt. Den Kinderchor zu einem politischen Verein zu hemdeln, wird man wohl nicht wagen, obwohl in Köln mit dem 1. Januar die Karnevalszeit begonnen hat.

Das Leichenbegängnis eines verunglückten Proletariats in Schwientochlowitz gestaltete sich zu einer großen Demonstration. Die Direktion des Bergwerkes, bei dem der Verunglückte beschäftigt war, stellte die Musik gratis und kommandierte ihre Arbeiter zur Teilnahme am Leichenzuge, machte jedoch zur Bedingung, daß keine roten Schleifen getragen werden. Als die roten Schleifen am Friedhof angebracht wurden, hörte die Musik auf zu spielen, und die kommandierten Arbeiter kehrten gleichfalls um. Anwesend waren, außer den kommandierten Arbeitern, an 3000 Genossen und Genossinnen. Die Polizei benahm sich korrekt und wagte nicht einzuschreiten, auch dann nicht, als Genosse B. odemski die Grabrede hielt. Der Eindruck war ein gewaltiger. Eine solche Beerdigung hat Oberschlesien noch nie gesehen.

Kinematographische Agitation. In verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten haben sich sozialistische Gruppen zur Errichtung und zum Betrieb von Kinematographentheatern gebildet, in denen vornehmlich in agitatorischer und erzieherischer Weise im Sinne des Sozialismus auf die Besucher eingewirkt werden soll, ohne daß dabei das Unterhaltungsbedürfnis zu kurz kommt. Einige seit mehreren Monaten bestehende Theater sollen in jeder Beziehung befriedigend arbeiten.

Partei und Gewerkschaften in Amerika. Als ein erster und schon recht bedeutender Erfolg der neuerlichen Annäherungsversuche zwischen Partei und Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten kann bezeichnet werden, daß eine große Anzahl von Gewerkschaftsaktionen um die Entsendung sozialistischer Redner erlucht haben. Diese Frage wurde daher auf der kürzlich in Chicago abgehaltenen Konferenz des Nationalrates der sozialistischen Partei eingehend geprüft und sind besondere Agitatoren für die Agitation unter den Gewerkschaften freigestellt und zwar zunächst unter solchen Gewerkschaften, denen die Betroffenen selbst als Mitglieder angehören. Vielfach schon berufen die Gewerkschaften besondere Mitgliederversammlungen ein, in denen, ganz gegen frühere Gewohnheiten, sozialistische Vorträge gehalten werden.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe.

Die einzelnen Bezirksverbände des Arbeitgeber-Schutzverbandes treiben ihr frivoles Spiel der Provokation der Arbeiter weiter. In allen Verhandlungsorten wird den Verwaltungen des Holzarbeiterverbandes die vom Vorstand des Schutzverbandes zu diesem Zweck ersonnenen, kaiserlichen Resolutionen übermittelte. In Oldenburg, wo die Arbeiter eine Lohnerhöhung von 4 Pfennig pro Stunde (verteilt auf die dreijährige Vertragsperiode) und eine Stunde Arbeitszeitverlängerung pro Woche forderten, erhielt der Holzarbeiterverband folgendes Schreiben:

Nachdem Ihre Forderungen der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes unterbreitet worden, war die allgemeine Ansicht der Versammlung, daß die Forderungen,

wie Sie dieselben wünschen, nicht erfüllt werden können, auch von einer Arbeitszeitverlängerung muß auf alle Fälle abgesehen werden! — Sie werden daher ersucht, Ihre Forderungen zu reduzieren und dieselben umgehend dem Vorstand des Schutzverbandes mitzuteilen.“

Es ist doch — gelinde gesagt — ein starkes Stück, was sich da die Herren Arbeitgeber leisten. Weil die Arbeitgeberversammlung der Meinung ist, daß die Forderungen zu hoch sind, werden die Arbeiter ersucht, ihre Forderungen zu reduzieren und die reduzierten Forderungen umgehend einzuzeichnen. Und das bei einer Forderung von 4 Pfg. Lohnerhöhung, die vielleicht auf 3 Termine verteilt wird. Warum beschließen dann die Herren vom Schutzverband nicht gleich, daß die Arbeiter auf jede Forderung zu verzichten haben? Die Oldenburger Holzarbeiter, wie auch diejenigen der anderen Orte werden den Herren die verdiente Antwort geben.

In der bürgerlichen Presse wird inzwischen kräftig scharf gemacht. Den Vogel schießt hierbei die „Eibinger Zeitung“ ab, deren „geschähter“ Mitarbeiter ein Bezirksvorsitzender des Schutzverbandes ist. Sie schreibt in der Nummer vom 5. Januar:

Die Situation in der Holzindustrie ist zurzeit so, daß in 22 Städten die Verhandlungen vorläufig gescheitert sind, weil die Arbeiter keine bestimmten Vorschläge gemacht haben, und daß in 21 Orten die Arbeitgeber die Tarifvorschläge der Arbeiter abgelehnt haben. Sie begründen das, wie uns unser NP-Mitarbeiter schreibt, mit den „exorbitanten“ Forderungen der Arbeiter, die neben einer Verkürzung der Arbeitszeit Lohnerhöhungen von 10 bis 17 Mt., Lohnsicherung bei Akkordarbeit, obligatorische Benutzung paritätischer Arbeitsnachweise, Fortfall aller Überstunden und Entlassung von Arbeitern nur nach Verständigung mit dem Werkstattauschuß fordern. Der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie fordert seine Mitglieder auf, den Arbeitnehmern nur in bezug auf Lohnerhöhung entgegenzukommen, sonst aber sich ablehnend zu verhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß damit das Signal zu einer allgemeinen Aussperrung in der Holzindustrie gegeben wird.“

Sozialen Zeilen, sozial Unwahrheit. In Wahrheit ist es so, daß in 36 Orten die Forderungen der Arbeiter eingereicht sind, in den Städten, wo die Verträge am 1. April ablaufen, hatten die Arbeiter vor dem Kündigungstermin (1. Januar) gar keine Ursache, mit Forderungen zu kommen. Oder soll der Grund für dieses Verlangen der sein, daß der Schutzverband diese Verträge bereits am 10. November gekündigt hat?

Ein ganzes Vierteljahr ist noch zu Verhandlungen Zeit, und die Holzarbeiter werden ihre Forderungen so früh übermitteln, daß in Ruhe darüber verhandelt werden kann. Damit aber kein Unwesen damit getrieben wird, ist eine gründliche Vorberatung notwendig. Unwahr ist, daß der Fortfall aller Überstunden verlangt wird und die Entlassung von Arbeitern nur nach Verständigung mit dem Werkstattauschuß vor sich gehen soll.

Die Holzarbeiter lassen sich durch solche Abereien und Drohungen nicht aus der Ruhe bringen. Die Arbeiter richten sich auf den Kampf als etwas Unabwendbares ein. Eine Konferenz der Zahlstellen von Groß-Berlin und der weiter entfernten Vororte beschloß, den Verbandsbeitrag ab 1. Jan. auf 1.50 Mt. wöchentlich zu erhöhen. Ferner haben die Orte Hannover, Köln, Hamburg, Magdeburg, Düsseldorf, München, Flensburg, Habersleben, Leipzig, Königsberg, Bremen, Dresden, Frankfurt und eine große Anzahl weiterer, die Wochenbeiträge auf 1 Mt. und mehr erhöht. Auch die Mitglieder in den zurückgebliebenen Gegenden haben Beiträge von 80 Pfg. und mehr beschlossen. Dabei werden aber alle Zahlstellen in den nächsten Tagen gemäß Aufforderung des Verbandsvorstandes aufs neue zur Beitragsfrage Stellung nehmen und dann wird der Schutzverband sehr bald sagen: „Da haben wir durch unsere Beschlüsse, welche die Arbeiter einschüchtern sollten, was Schönes angestellt.“

Die Vorbereitungen zum Kampf gehen aber weiter. In Dresden haben Verwaltung und Vertrauensleute einstimmig beschlossen, der nächsten Mitgliederversammlung den Antrag zu unterbreiten, daß im Falle eines Kampfes für die erste Woche Unterstützung nicht gewährt werden soll. Bei der Aussperrung im Jahre 1907 wurde dieser Beschluß auch in Berlin und anderen Städten durchgeführt. Auch gegenwärtig beschäftigen sich eine ganze Anzahl Verwaltungen der Vertragsstädte mit der Vorbereitung des gleichen Antrages.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Tarifvertrag Leipziger Bühnenarbeiter. Zwischen der Direktion des Leipziger Schauspielhauses und des Operntheaters und dem Deutschen Transportarbeiterverband, Ver-

waltungsstelle Leipzig, wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, wonach für die in beiden Theatern beschäftigten Bühnen- und Transportarbeiter die Monatslöhne von bisher 90 bis 100 Mt. auf 100 bis 110 Mt. erhöht wurden. Die Arbeitszeit beginnt morgens 8 Uhr, dauert mit einer 1/2stündigen Frühstückspause bis halb zwei Uhr, beginnt wieder 1/2 Stunden vor Beginn der Vorstellung und endet 1/211 Uhr resp. 11 Uhr nachts. Geregelt sind ferner die Überstunden und ihre Bezahlung, die freien Tage, der Erholungskurlaub (sechs Tage im Jahre unter Fortzahlung des Gehalts), die sanitären Einrichtungen usw. Die Direktion benutzte den Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes. Der Vertrag gilt vom 1. 1910 bis 30. 12. 1911.

Arbeiteranwerbungen für das Ruhrgebiet. Daß bei der Spannung im Bergbau die Grubenbesitzer alles tun, um ihre Position für die Zukunft zu stärken, ist verständlich. Die Anwerbung grubenfreier Arbeiter scheint dabei eine große Rolle spielen zu sollen. Die Welsentlicher Bergwerkesgesellschaft hat gegenwärtig in der Danzig-Grubenregion zwei Agenten an der Arbeit, die bis Februar 1000 Arbeiter für die Schächte der Gesellschaft anwerben sollen. Circa 100 Arbeiter sind auf der Zeche „Bonifacius“ in Kray (Kreis Essen) bereits angekommen. Es sind durchweg „bergfremde“, mit den Gefahren des Grubenbetriebes nicht vertraute Arbeiter, Handwerker usw., und es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Unfallgefahr durch Massenankommt fremder Arbeiter erhöht wird. Der Arbeiterbedarf für die im Ruhrbergbau augenblicklich ziemlich stark zu sein, es wird wenigstens ein solcher Anschein erweckt. Bei der Tatsache, daß noch niemals solch ungeheure Kohlenmengen auf Stapel lagen wie gegenwärtig, ist die Annahme sehr berechtigt, daß es sich hier um ein für die Arbeiter gefährliches Manöver der Grubenbesitzer handelt. Die Art und Weise, wie die aus Ostpreußen geholten Arbeiter behandelt werden, bestätigt, daß die Massenankommt zu den Rückungsmitteln der Grubenbesitzer gegen einen event. kommenden Streik gehören. Die Reisekosten (18 bis 20 Mt.) sind den Leuten vorgeschossen worden; die Kosten der Warmunterkunft (ca. 5 Mt.) trägt die Zeche. Wenn Kleidung und Schuhwerk fehlt, bekommt der Arbeiter diese auf Bürgschaft der Zeche bei einem bestimmten Geschäftsmann; Kohl und Logis erhalten die Arbeiter in der Zechenkolonie, wobei die Zeche den Kostgebern für das Kostgeld gutschafft. Die Zeche wird sich natürlich von den Arbeitern die Unterschrift geben lassen, daß sie ihre Unterlagen vom Lohn einbehalten darf. Sie zwingt damit die Arbeiter in eine Schuldnechtschaft, aus der sie so leicht nicht herauskommen. Ob die Spekulation, daß aus diesen so geknechteten Arbeitern in Streikzeiten sich gefügige Arbeitswilligenkolonnen bilden lassen, richtig ist, darf fraglich bezweifelt werden. Die Genossen in den Gegenden, in denen Agenten der Ruhrgruben auftauchen, tun gut daran, wenn sie der Parteipresse zuverlässige Informationen über den Umfang der Anwerbungen, Verprechungen der Agenten usw. geben.

Ein merkwürdiges Urteil. Das Schöffengericht in Hettstedt hat einen Bergarbeiter zu Strafe verurteilt, weil er eine angeblich politische Versammlung, in der Abg. Genosse Sachse als Redner aufgetreten war, nicht angemeldet hatte. Zum Beweis dafür, daß die Versammlung eine politische war, führte der Richter in der Begründung des Urteils aus: „Als Hauptredner trat der Reichstagsabgeordnete Sachse, Mitglied der sozialdemokratischen Partei, auf. Er sprach von der schlimmen Lage der Mansfelder Bergarbeiter, ihren schlechten Löhnen, ihrer unwürdigen Behandlung durch die Vorgesetzten, von der schlechten Lage der Arbeiter im allgemeinen, ihrer Ausbeutung durch die Westzenden. Seine Rede gipfelte darin, daß zur Abstellung aller dieser Mißstände der bisherige arbeitserindliche Abgeordnete des Mansfelder Kreises, Dr. Arndt, nicht wieder gewählt werden dürfe, sondern daß ein Mann, der Mut und Herz auf dem rechten Fleck hätte, gewählt werden müsse.“ Es heißt dann in den Urteilsgründen weiter: „Von der Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen, d. h. von einer Besserung ihres privatrechtlichen Arbeitsvertrages gegenüber der Mansfeldischen Gewerkschaft war gar keine Rede. Nach der ganzen Sachlage war es auch ausgeschlossen. Der Abg. Sachse, der den Wahlkreis für die Sozialdemokratie gewinnen wollte, hat daran durchaus kein Interesse. Es wäre für seine Partei durchaus unvorteilhaft, wenn die Mansfelder Berg- und Hüttenleute von der Gewerkschaft günstigere Arbeitsbedingungen erlangen könnten, sobald sie zufrieden gestellt würden; so durfte er den Abg. Sachse nicht als Redner zulassen oder gar hinzuziehen. Er hätte ihn im Gegenteil fernhalten müssen, weil Sachse zum Vorteil seiner Partei nur

Entscheidung das ganze Gesicht war unternommen worden.

Dem Doppelloze hielt die Bürgerwehr nicht stand, sie begana zu weichen und nötigte dadurch auch das zu ihrer Unterstützung herbeigeeilte Militär zum Rückzuge. Freilich rückten in ihrem Rücken einige Bataillone frischer Truppen heran und breiteten sich in der ganzen Länge des Hofplatzes aus. Aber auch von der entgegengekehrten Seite quoll es in schwarzen Massen aus allen Straßeneinmündungen und drohte den ganzen Platz zu überschwemmen. Geschüge wurden von beiden Seiten ins Bereich des Schlafeldes gezogen, und aus den dunklen Massen der Arbeiter ritt auf einem schwarzen Streithengst, das er als ehemaliger Kürassier sehr wohl zu regieren verstand, Wiegner, der Oberkommandant des Arbeiterheeres, in stiller Gelassenheit, wie es immer seine Gewohnheit war, sei es bei der täglichen Arbeit, sei es im fröhlichen Kreise seiner Freunde. Bei seinem Anblick übermannt die Volkstrotter erst das Bewußtsein des Großen, das ihnen in Anziehung ihrer Mittellosigkeit, ihrer Vereinzeltung und Unerfahrenheit bereits gelungen, und dieses freudige Bewußtsein gab sich in lauten Rufsen an den erwählten Führer, der ihre Uniform, die diese unter der glänzenden Schärpe trug, sowie in lauten Hurras Luft.

Wohl mochten sich auch die gegenüberstehenden Truppen wundern, als sie den feindlichen Führer so ruhig hervorreiten und halb bis in die Mitte des Platzes rücken sahen, von wo aus er das Terrain mit Auge rekonstruierte, als wenn er nicht in dem Bereiche der Schützlerne des Feindes, d. h. vor etwa 200 Gewehren, sich befände. Aber es dachte dort drüben niemand an Feuer, und so ritt Wiegner ungehindert nach dem Hofgebäude, welches die Genossen bereits besetzt hatten, während die Führer noch alle vor dem Torwege versammelt waren und sich ihre Wunden, so schnell und gut es ging, verbinden ließen.

„Ja, Herr Wiegner“, rief Wiegner, als er den etwas bleicher und müdiger gewordenen Philosophen erblickte. „Sie haben uns gehört in Trab verfußt. Was in aller Welt hatten Sie gerade hier zu uns, als gab es nirgends anders Gelegenheit zum Kampfe?“

„Ja, ja, es war drum“, meinte dieser, „ich hatte mir vorgenommen, die Truppen so ganz heimlich in den Rücken zu fallen.“

„Nun, es hat im Grunde genommen mehr genügt als geschadet, wie bei dieser Art von Kampf ja jeder eine

krampfhaft-energische Anstrengung tun muß. Aber, wie es scheint, ist Ihnen die Sache nicht gut bekommen?“

„Für einige Zeit werde ich wohl besorgt sein; es ist heute mein Fechttag, ich war gestern zu übermütig. Doch war es, daß ich aus Versehen meine erste Wunde in den Rücken bekam, dabei konnte ich mich unmöglich beruhigen. Und mein Freund Findeisen, der mir wie ein Rettungselend auf dem Dache erscheint und dem ich zurufe, daß ich Durst habe, gießt mir eine Brühle herunter, die mir den ganzen Rücken verbrüht hat. Dem werde ich's wieder sagen, wenn ich wie einmal Durst bekommen sollte.“

„Herr Findeisen scheint nicht besser weggekommen, wie Sie.“

„Ein schlechter Trost für mich, der ich ihn hereingeritten habe.“

„Es ist uns allen nicht besonders ergangen; Findeisen, unser armer Freund, hat auf lange Zeit genug, wenn nicht für immer; Jwan weiß noch garnicht recht, wo es ihm überall fehlt oder zuviel ist, und so ist's mit Streit, der allerdings behauptet, daß ihm keine Wunden nichts tun, wie ich mit größerer Gewißheit von mir sagen kann,“ berichtete Frank.

„Wie es scheint, wird es hier zu einer Schlacht kommen“, frag Streit herantretend.

„Aber Wahrscheinlichkeit nach, doch möchte ich hier den Angriff abwarten, weil bei dieser Stellung alle Vorteile des Angriffs verloren gehen und außerordentliche Opfer kosten werden. Meinen Sie nicht auch, Herr Jwan?“

„Ganz gewiß“, erwiderte dieser, „zumal, weil man auch nicht wissen kann, wie viele Geschüge der Gegner maskiert. Dort oben auf der Höhe, denke ich, wird es bald laut werden.“

„Soviel ich sah, brachten sie vier vollständige Batterien, welche imstande sind, die ganze Stadt in einem großen Grabmonumente für uns zu machen. Sie werden mit furchtbaren Opfern erkümt werden müssen, und ich weiß nicht, ob wir nicht besser das Opfer früher gebracht hätten, hätte es einen auch noch so blutigen Kampf mit der Infanterie und Kavallerie, welche sie besten, gekostet. Auch der Kampfplan unseres Freundes Sommer macht es ganz besonders zur Aufgabe, eine Besetzung dieser Höhe durch Artillerie mit allen Mitteln zu verhindern. So lange die Truppen uns allenthalben in der Stadt so nahe stehen, wie jetzt, wird man allerdings ein Bombardement nicht gleich wagen, auch wird man die Residenz nicht ohne Not zusammenschließen

wollen, man wird also warten, bis die Truppen aus der Stadt gedrängt sind und inzwischen nur bei einer passenden Gelegenheit eingzugreifen suchen. Dann aber ist die Infanterie zur Deckung disponibel und eine Erstürmung für Truppen, wie wir sie haben, fast unmöglich.“

„Ich teile Ihre Ansichten vollständig, Herr Jwan, aber Sie gehen ganz und gar von der Ansicht aus, daß diese Artillerie dem Feinde gehört?“

„Sie hoffen auf die uns geneigten Gesinnungen der Artilleristen? Auch ich hoffe etwas von diesen Männern, aber bauen Sie nicht zu viel darauf. Glauben Sie mir, es hält furchtbar schwer, die eisernen Bande der Disziplin, namentlich bei begonnenem Kampfe zu brechen.“

„Ohne Furcht; ich bin ein alter Soldat, und weiß die Schwierigkeiten zu würdigen. Heute nacht kamen 12 Unteroffiziere aus allen Batterien zu mir und gelobten mir im Namen ihrer meisten Kameraden, daß sie keinen Schuß gegen das Volk abgeben würden, es sei denn zum Schein. Im gegebenen Falle würden sie persönlich das Signal zum Übertritt geben. Ich kenne diese Leute, sie waren meine Mitarbeiter, teilweise meine Lehrlinge, und einige waren meine Kameraden bei der Armee, die während unserer Dienstzeit mit mir revolutionäre strategische Studien machten. Ich weiß, auf wen ich da zu rechnen habe, sie wissen, wen sie an mir haben. Sobald dort vom Jakoberturm die weiße Fahne weht, richten diese die weiße Fahne auf ihrer Höhe auf und machen ihre Offiziere unschädlich. Für diesen Fall ist dann gefordert; von dem Augenblicke an, wo die weiße Fahne weht, stehen 5000 unserer Leute bereit, den Berg hinauf zu stürmen und der Artillerie als Bedeckung zu dienen, wenn sie von der Infanterie bedroht werden sollte.“

„Das gibt der Sache freilich ein ganz anderes Gesicht, da ist die Frage gelöst. Aber wäre es nicht besser, einen oder den anderen der bereits übergegangenen Infanteristen hinaufzuschicken? Das Mechanische allein genügt mir nicht; ein menschlicher Vote ist mir lieber, als das schönste Signal.“

„Auch dafür ist gefordert, wir schicken einen Vertrauensmann als vermeintliche Ordnung eines Kommandeurs.“

„Aber dann ist ja der Sieg schon entschieden?“

„Er ist entschieden, denn die Provinzen sind alarmiert, die Landbesitzer unterdrückt alle Verbindungen und hält den militärischen Zugang mit Gewalt ab.“

(Fortsetzung folgt.)

ein Interesse daran hat, daß die Wünsche der Arbeiter mit ihrem Arbeitsverhältnis zur Gewerkschaft möglichst unzufrieden sind. — Wo mögen wohl die Herren Richter diese „Weisheit“ hergeschöpft haben?

Die Ruhr-Bergarbeiter rücken. Am Sonntag hielten weit über fünfzig Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes im Ruhrgebiete Versammlungen ab, um zu dem vom Verbandsvorstand vorgeschlagenen Extra-Beitrag Stellung zu nehmen. Soweit bis jetzt bei der Verbandsleitung bekannt geworden ist, ist der Vorschlag in allen Versammlungen einstimmig oder nahezu einstimmig angenommen worden.

Klassenjustiz in Baden. Der Verband der Transportarbeiter hat sich vor einiger Zeit in einem Flugblatt an die Führer der Arbeiterorganisation im Transportgewerbe beschickt. Dessen Leiter und Sekretär, Kraker und Wolf in Heidelberg, fühlten sich durch das Flugblatt beleidigt und strengen deshalb Klage gegen den Ortsbeamten Geil in Mannheim an. Als Verfasser war aber der Gauleiter Lehmann von Frankfurt a. M. auf dem Flugblatt genannt und kam das Schöffengericht zu einem Freispruch. Die Kläger legten Berufung ein, da Geil als Verbreiter des Flugblattes für den strafbaren Inhalt desselben genau so verantwortlich sei, wie der Verfasser. Die Strafkammer als Berufungsinstanz hat sich auch dieser Argumentation angeschlossen und Genossen Geil zu 100 Mk. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. Geil hat eines der Flugblätter dem Unternehmervertreter Wolff zugestellt und auf dasselbe eine Veranlassungseinladung geschrieben. Dieser handschriftliche Vermerk sei Beweis dafür, daß Geil von dem Inhalt des Flugblattes unterrichtet war und er hat deshalb als Verbreiter desselben die Verantwortung zu übernehmen. Genosse Lehmann als Verfasser wurde nicht verklagt. Auffallend bei der Angelegenheit ist das hohe Strafmaß.

Boykott gegen die amerikanische Butter-Compagnie. Kürzlich durchlief die Partei- und Gewerkschaftspressen eine Notiz, die zum Boykott der Erzeugnisse der Butter-Compagnie Journale usw. aufforderte. Um nun diesen Boykott besonders in Frankfurt, wo diese Firma ihr Hauptabgabengebiet hat, recht wirksam zu machen, hat der amerikanische Buchdruckerverband einen besonderen Delegierten, G. M. Martin, nach Frankreich entsandt. Der Kampf gegen diese Firma soll immer schärfer geführt werden, bis sie die gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihr nach Tausenden zählendes Personal bewilligt.

Soziales.

Schweinepreise. Von allen Viehpreisen sind die Preise für Schweine im Jahre 1909 am stärksten gestiegen und haben sich für die breite Masse der konsumierenden Bevölkerung höchst unangenehm bemerkbar gemacht. Ende des Jahres 1909 standen die Preise nicht allein beträchtlich höher als zu Jahresbeginn, es ergibt sich auch ein starker Vorprung gegen Ende 1908 und ein noch viel stärkerer gegenüber Ende 1907. Der Preis für 50 Kilo Lebendgewicht stellte sich im Monatsdurchschnitt auf Mark:

	Berlin		München	
	Januar	November	Januar	November
1907	59,00	54,40	62,25	57,00
1908	54,56	64,37	56,20	68,25
1909	65,78	70,50	67,20	73,75

Der Berliner Preis steht demnach im November um zirka 10 Proz. höher als im November 1908 und um 30 Prozent höher als 1907. In München steht der Schweinepreis um rund 9 Proz. höher als 1908 und um 29 Prozent höher als im November 1907. Von Januar auf November ist in beiden Städten eine erhebliche Steigerung eingetreten. Aus diesen beiden Stichproben läßt sich ohne weiteres ein Schluß auf die Preisbewegung auch in den meisten anderen Landesteilen Deutschlands ziehen. Durchweg ist das Preisniveau des Vorjahres weit überschritten worden; fast allgemein standen die Schweinepreise im Jahre 1909 auf einem bisher noch niemals erreichten Niveau. Denn die höchsten Schweinepreise hatte bisher das Jahr 1906 aufzuweisen; ein Vergleich mit 1906 aber ergibt, daß in den meisten deutschen Städten die Schweinepreise im Laufe des Jahres 1909 noch über die vom Jahre 1906 hinausgegangen sind und Ende des Jahres höher stehen als damals. Für einige wenige Städte sei der Preis angeführt, wie er sich im Durchschnitt des November 1909 im Vergleich zu November 1908 und 1906 stellte. Der Preis für 50 Kilogramm Lebendgewicht betrug in Mark:

	1906		1908		1909	
Breslau	55,85—59,75	58,00—62,50	72,15—76,90			
Magdeburg	59,05—66,50	58,00—68,35	67,10—76,00			
Dresden	65,50—72,25	64,50—70,10	74,00—78,30			
Hamburg	58,10—64,10	60,50—65,85	68,75—73,45			
Dortmund	53,35—59,25	59,10—67,40	70,90—73,60			
Mannheim	70,25—71,25	70,00—72,00	76,60—77,80			
Stuttgart	61,15—70,85	65,35—72,60	75,90—78,40			

Im Jahre 1909 ist nun allerdings in der Art der Preisnollierung eine Änderung eingetreten, die den Vergleich mit den Vorjahren einigermaßen modifiziert. Aber trotzdem darf als Ergebnis festgehalten werden, daß das Jahr 1909 an den meisten Plätzen seit 1906 die Höchstpreise gebracht hat.

Arbeitslosendemonstration. Vor dem neuen Rathaus in Leipzig kam es am Montag vormittag zu größeren Demonstrationen Arbeitsloser. Der Bürgermeister soll, wie berichtet wird, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten in Aussicht gestellt haben. Die Demonstration verlief ruhig; Ausschreitungen kamen nicht vor.

Kommunales.

Gegen den industriellen Arbeitsnachweis. Veranlaßt durch die Praktiken des industriellen Arbeitsnachweises in Mannheim-Ludwigshafen wurde folgender, von der sozialdemokratischen Fraktion gestellter Antrag in der Sitzung des Stadtratskollegiums am 7. d. M. verhandelt:

Die Stadtverwaltung von Ludwigshafen möge an die beiden Kammern des bayerischen Landtages eine Petition einreichen, in welcher auf die großen Schädigungen der Gemeinden durch den Arbeitsnachweis der Unternehmern, speziell des industriellen, aufmerksam gemacht wird. In dieser Petition soll verlangt werden, daß die Staatsregierung landesgesetzlich oder durch ihre Vertreter im Bundesrat dahin wirken möge, daß von Reichs wegen gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, die nur noch Arbeitsnachweise auf paritätischer Grundlage gestatten. Die Stadtverwaltung möge ferner beim pfälzischen Städtetag beantragen, daß auf dessen nächster Tagung die Frage des Ausbaues der städtischen Arbeitsnachweise mit Bezug auf die industriellen Arbeitsnachweise auf die Tagung gesetzt wird.

Der Führer der Ludwigshafener Liberalen, ein Herr Dr. Richterberger, stellte dem sozialdemokratischen Antrag einen anderen Antrag gegenüber, wonach sich der Stadtrat in dieser Frage nicht für kompetent erachtet, und eine Erörterung des Antrages ablehnt. Der Gegenantrag der Liberalen

hatte nur den Zweck, eine Besprechung der skandalösen Scharfmacherpraktiken des industriellen Arbeitsnachweises im Stadtrate zu verhindern; den Scharfmachern liberaler und schmarzer Couleur ist eine öffentliche Kritik des Ausbaugebungsnachweises recht unangenehm, deshalb schickten sie ihre Mannen in Stadtrate mit diesem Antrage vor. Genosse Reichstagsabgeordneter Huber trat dem liberalen Vertuschungsantrage mit aller Entschiedenheit entgegen. Schließlich wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die für sofortige Beratung waren, ein Antrag angenommen, wonach eine Vorberatung in einer Kommission stattfinden soll. Das Vertuschungssystem und die Liebedienerei der Liberalen vor den Scharfmachern ist um so charakteristischer, als bei den eben beendeten Gemeindevahlen gerade die soziale Arbeiterfürsorge und die Fürsorge für einheimische, arbeitssuchende Arbeitslose von den Liberalen besonders betont und bekräftigt wurde. Jetzt können die liberalen Arbeitervertreter sehen, wie es in der Praxis mit ihren Vertretern auf dem Stadthaus aussieht.

Gegen Errichtung von Arbeiterwohnungen. Im Gemeinderat von Fillich-Grafenstaden im Elsaß, wo die Sozialdemokraten die Mehrheit besitzen, wurde vor einiger Zeit beschloffen, in gemeindlicher Regie Arbeiterwohnhäuser zu bauen. Zu diesem Zwecke sollte eine Anleihe von 25 000 Mark aufgenommen werden. Nun bestimmt aber die elsäß-lothringische Gemeindeordnung für die kleineren Städte- und Landgemeinden, daß bei Beschüssen über die Aufnahme von Anleihen im Gemeinderat die Höchstbesteuerten zugezogen werden müssen. So geschah es natürlich auch hier. Die 24 Reichsten des Ortes wurden eingeladen, von denen aber nur 16 erschienen. Die Erschienenen stimmten gegen die Aufnahme der Anleihe, nur 13 der Gemeinderäte waren dafür; dadurch wurde der Beschluß des Gemeinderats, Arbeiterwohnhäuser zu bauen, einfach illusorisch gemacht.

Aus dem Gerichtssaal.

Aus der Praxis gewisser Abzahlungsgeschäfte. Die Abzahlungsgeschäfte sind eine „Erzfindung“ der neueren Zeit und leben fast ausschließlich von der ärmeren Bevölkerung, indem sie dieser Gelegenheit geben, gegen Ratenzahlungen sich Gegenstände anzuschaffen, auf die sie andernfalls verzichten müßte. Ob aber die Preisse, die sie dafür zu zahlen hat, dem realen Werte und Verdienst entsprechen, steht auf einem anderen Blatte. Hierzu kommt, daß, wer in einem Abzahlungsgeschäft kauft, erst Herr der gekauften Sachen ist, wenn er sie bis zum letzten Pfennig bezahlt hat, denn er muß schriftlich anerkennen, daß er bis dahin auf jedes Verfügungrecht verzichtet. Und wehe denen, die infolge unvorhergesehener Arbeitslosigkeit oder Krankheit mit ihren Abzahlungen im Rückstande bleiben; sie mögen bezahlt haben, ganz gleich, ob wenig oder viel, die Sachen werden ihnen auf Grund ihrer schriftlichen Anerkennung, daß der Verkäufer Eigentümer bleibt, bis der ausbedungene Kaufpreis ganz bezahlt ist, wieder aus dem Hause geholt, und das Geld, was sie schon bezahlt haben, sehen sie in vielen Fällen nie wieder. Die ihnen wiederabgenommenen Sachen aber sind für den Inhaber des Abzahlungsgeschäftes ein neues wertvolles Verkaufsobjekt, sie werden wieder aufgeputzt, wieder als neu verkauft und wandern, wenn auch die neuen Käufer sich später als zahlungsunfähig erweisen, als neu in dritte und vierte Hand. So wenigstens war es ungefähr bei dem Kaufmann Mathan Aderstein, der vor einigen Tagen in Elberfeld mit seinen Reisenden Hermann L. und Leo W. wegen Betrugs vor der Strafkammer stand. Die Firma vertrieb neben anderen Gegenständen auch Wanduhren, sogenannte „Freischwinger“, zum Preise von 36 Mk. pro Stück. Der Einkaufspreis schwankte zwischen — 10 bis 12 Mk. Bließen die Ankäufer mit ihren Zahlungen trotz Mahnung im Rückstande, wurden sie ihnen wieder weggenommen und dem nächsten Liebhaber als neu für den vollen Kaufpreis abermals verkauft. Vielfach versagten die Dinger ihren Dienst und beschwerten sich die Käufer darüber, dann bekamen sie als Ersatz eine andere Uhr, die manchmal noch schlechter war als die erstgelieferte. In verschiedenen Fällen hat der Angeklagte A. Ankäufer von ihnen später auf Herausgabe derselben verklagt, und zwar mit Erfolg nicht nur auf Herausgabe der Uhren, sondern auch auf Schadenersatz bis zu 17 Mk. (!) für Zinsen und Abnutzung. Das Amtsgericht, das in diesen Dingen meist sehr schnell urteilt, hatte die Angeklagten auf Grund der Aussagen verschiedener Geschäftsangestellten freigesprochen, die Staatsanwaltschaft hatte das Urteil aber im Berufungsweg angefochten und die Sache damit vor die Strafkammer gebracht. In der Verhandlung vor dieser äußerte sich ein als Gutachter vernommener Sachmann dahin, daß die fraglichen „Freischwinger“ in jedem realen Abrechnungsbuch für 20 bis 21 Mk. (!) käuflich zu haben seien, nach seinen Erfahrungen gingen aber bezüglich der Preisbestimmung alle Kreditgeschäfte mit dem Angeklagten einig. Die Strafkammer erließ in dem Verhalten der Angeklagten Betrug und verurteilte A. zu 300 Mk. seine beiden Reisenden zu je 30 Mk. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte empfindliche Freiheitsstrafen beantragt.

Aus Nah und Fern.

Die kochende nationale Seele. In Braunschweig ist den „nationalen“ Musterpatrioten bitteres Leid widerfahren. Der Brauering hat, um den 12wöchigen Bierboykott mit all seinen Schäden für die Brauereibesitzer zu Ende zu bringen, mit der sozialdemokratischen Parteileitung und dem Gewerkschaftsrat einen Vertrag abgeschlossen, nach dem das Bier im Ausschank die alten Preise behält, die es vor dem Bierstreik hatte, und nach der die Brauereien sich verpflichteten, einer mit den organisierten Arbeitern zu gründenden Volkshaus-Gesellschaft G. m. b. H. zur Erbauung eines großen Veranlagungsbaues 10 000 Mk. Einlagekapital und 70 000 Mk. Baukapital zu zahlen. Als Geschäftsführer dieser Gesellschaft sind nun gar noch drei waschechte Genossen, Redakteur A. Wesemeier, Lagerhalter F. Ohlenborn und Rechtsanwält Dr. Jasper gewählt worden. Darüber sind die „Nationalen“ rein aus dem Häuschen. In der Braunschweiger bürgerlichen Presse heulten die Reichsverbändler förmlich vor Wut. — Diese Herrschaften wandten nun einen eigenartigen Trick an, um den Vertrag zum Scheitern zu bringen. Sie schimpften tüchtig auf die Brauereien und suchten die nationale Seele der Spießer zum Kochen zu bringen. Sie forderten diese auf — das Bier der Vertragsbrauereien zu boykottieren. Allein der Durst der Spießer ist größer als ihr Haß gegen die Arbeiter. Der Boykott zieht absolut nicht. Gleichzeitig drohten die reichsverbändlerischen Kämpen aber auch, die Aktionäre der Brauereien persönlich anzufassen. Soweit sie — Reserve-Offiziere seien, würde gegen sie als solche vorgegangen werden, denn es könne doch nicht angehen, daß königlich preussische oder herzoglich braunschweigische Reserveoffiziere ungestraft die Sozialdemokratie unterstützen dürften. Tatsächlich erhielten jetzt einige Aufsichtsratsmitglieder der Brauereien, die zugleich Reserveoffiziere sind, die Aufforderung, entweder aus dem Aufsichtsrat der anrückigen Brauereien auszuscheiden, oder eines ehrengerichtlichen Verfahrens gewärtig zu sein.

Das wäre mal wieder krasser Terrorismus, wenn es gelingen sollte, die etwa störrischen Aufsichtsratsmitglieder der Brauereien von dem Reserveoffiziersrock zu befreien, nur weil sie der Not gehorchend, nicht dem eigenen Erbe, der Abschließung eines Vertrages mit den Arbeitern zustimmten, um den sonst unvermeidlichen weiteren wirtschaftlichen Schaden durch den Vierkrieg von sich abzuwenden. Die Abschließung mit den Brauereien kann natürlich nicht rückgängig gemacht werden, denn die Volkshausgesellschaft ist längst gerichtlich eingetragen und das Kapital der Brauereien ist bei einem Bankhause sicher gestellt. Die Wut der „nationalen“ Prozentpatrioten kennt daher keine Grenzen und tobt sich daher in den verächtlichsten Denunziationen aus.

Gemeinsam in den Tod. Wie aus Berlin berichtet wird, vergiftete sich Sonntag abend in einer Laubentolonie in der Seefstraße ein Galvaniseur Jankin und eine Frau Verdmann mit Cyanid. Die Frau gab noch schwache Lebenszeichen von sich und wurde ins Krankenhaus geschafft.

Die Erziehung zum Vaterlandsverteidiger wird im „gemüthlichen“ Süden nicht weniger „liebenswürdig“ und „feinfühlig“ betrieben als im steifen Norden. Darüber berichtet die „Münchener Post“ jetzt wieder: Erst vor kurzem, bei Beratung des Militäretats im bayerischen Landtage, betonten unsere Genossen Kollwagen und Wollmar, daß auch in Bayern die rohen Soldatenmishandlungen noch kein Ende nehmen wollen. Unsere Fraktionäre erwiderten den Kriegsminister, daß für die Folge den Soldatenskindern doch endlich einmal das Handwerk gelegt werde. Daß diese wiederholte ernste Mahnung an den Kriegsminister bis jetzt noch nichts genügt hat, beweist ein Fall aus der allerletzten Zeit. Unter Tränen klagte der Vater eines Rekruten der 2. Kompagnie des 6. Inf.-Regiments in Amberg seinen Freunden, daß sein Sohn nicht mehr eintrüben wolle, weil er von einem Gefreiten auf das gemeinste beschimpft und mißhandelt werde. So wird der Rekrut von seinem Peiniger bei dem geringsten Anlaß angeschrien: „Du Bauernschädel, du Bauernluder, dir zeig ich's schon! Gewehrgruppen mußt du mir! bis du verreckst, du Hund!“ Jungst mußte der Rekrut unter diesen gemeinen Schimpfwörtern des Gefreiten so lange am Querkamm Klimmzüge machen, bis er vor Ermattung herunterfiel und sich übergeben mußte. Und so geht die Schinderei alle Tage. Bemerkenswert ist, daß der gemarterte Rekrut ein Landsmann des Gefreiten ist und früher mit diesem einmal in eine Kauferei verwickelt war. Wäre es da vielleicht ein Wunder, wenn der Gequälte die seinem Vater gegenüber ausgesprochene Drohung wahr machen und, der fortwährenden Schindereien satt, sich das Leben nehmen würde? Wir erwarten, daß dieser Gefreite zur Verantwortung gezogen wird. Abgesehen von dem günstigen Licht auf die Offiziere der Kompagnie, wenn ein Gefreiter mit den Rekruten in der geschilderten Weise verfahren kann.

Um was sich die preussische Polizei alles kümmert, davon weiß der gewöhnliche Untertan und Zivilist blutwenig. Man höre doch nur: Der Herr Polizeipräsident in Essen hat neuerdings an diejenigen Bürgermeisterämter des Landkreises Essen, welche zum Bezirk der Essener Polizeidirektion gehören und königliche Polizei erhalten haben, das Ersuchen gerichtet, vor der Entscheidung über Neubesetzung oder Umbenennung von Straßen ihm Gelegenheit zur „Stellungnahme“ zu geben. Was eine Straßenbenennung mit den Aufgaben der Polizei zu tun hat, dürfte vielen, die in die vielseitige Tätigkeit der preussischen Polizei eingeweiht sind, rätselhaft sein. Zu den Aufgaben der Polizeiverwaltung gehören in erster Linie Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit auf Straßen und Plätzen, Schutz des Bürgers, Jagd auf Verbrecher usw. Jede polizeiliche Tätigkeit darüber hinaus ist vom Übel.

Für preussische Steuerzahler. Ein Steuerpflichtiger in Krefeld mit einem Einkommen von 2271 Mk. hatte außer der Ehefrau sechs Kindern unter 14 Jahren Unterhalt zu gewähren. Er wurde mit 21 Mk. zur Einkommensteuer veranlagt. Der hiergegen erhobene Einspruch wurde zurückgewiesen, weil bei 2271 Mk. Einkommen der Steuerfuß 36 Mk. beträgt und bei 6 Kindern die Ermäßigung aus § 19 um 3 Stufen ausmacht. In der gegen diesen Bescheid eingeleiteten Berufung wurde darauf hingewiesen, daß die Ermäßigung um 3 Stufen auch dem Steuerpflichtigen gemährt werden müsse, der ein steuerpflichtiges Einkommen von 6500 Mk. hat. Bei einem Steuerpflichtigen aber, der nur den 3. Teil des Einkommens beziehe, sei der Unterhalt von sechs Kindern eine „außergewöhnliche Belastung“ im Sinne des § 20 des Einkommensteuergesetzes und deshalb müsse auf Grund dieses Paragraphen eine weitere Herabsetzung eintreten. Die Berufung hatte denn auch den Erfolg, daß der Steuerfuß um eine Stufe ermäßigt wurde. In einem anderen Falle wurde gleichfalls eine Herabsetzung im Sinne des § 20 erzielt. — Arbeiter mit geringem Einkommen und großer Kinderzahl sollten jederzeit die Ermäßigung um eine Stufe bei 2, um 2 Stufen bei 3—4, um 3 Stufen bei 5—6 Kindern usw. aus § 19 und die gleiche Zahl von Stufen aus § 20 des Einkommensteuergesetzes fordern.

Branchen die Russen borusische Dienstleistungen? Von einem angeblich 1907 vorbereiteten Attentat auf Wilhelm II. erfährt man durch die russische Presse. Das Petersburger Blatt „Rußkoje Slowo“ veröffentlicht Auszüge aus einem für die Beamten des russischen Ministeriums des Innern bestimmten amtlichen Leitfadens über die Entdeckung des Anarchismus in Rußland. Darin wird erzählt: „Anfang 1907 bildete sich in Warschau ein Geheimbund mit dem Ziele: Ermordung des deutschen Kaisers. In Charlottenburg siedelten sich zu diesem Zwecke vier Anarchisten an, denen der deutsche Anarchist Senna Sog (August Waterlos) Beistand leistete. In Wjalskoff wurde beschloffen, daß auch „Leibele von Wjalskoff, der Berrückte“ und „Meitke von Wjalskoff“ nach Charlottenburg reisen sollten. Unterwegs wurde Meitke getötet, Leibele verhaftet. Die Mitglieder des Geheimbundes zogen nun ganz ins Ausland.“ Höchst merkwürdige Geschichte! Zunächst — was hatten russische „Anarchisten“ mit Wilhelm II. zu tun? Wenn sie Attentate ausführen wollen, haben sie wirklich im eigenen Lande genug Gelegenheit. Weiter aber ist die Erwähnung von Senna Sog sehr seltsam. Der Mann ist Gemahl mancher Marretieren, aber zur direkten oder indirekten Hilfe bei einem Attentat würden sich wirkliche Verbrecher gewiß eher jeden beliebigen Menschen von der Straße weg holen. Höchstwahrscheinlich ist nachträglich die Attentatsgeschichte von 1907 konstruiert worden, weil die russische Regierung vom preussischen Basalen etwas Brauch und etwaige Bedenken von vornherein durch den Hinweis auf die Gefährlichkeit der „Anarchisten“ auch für den Nachbarn beschwichtigen will.

Familien-drama. In Berlin erschob gestern mittag der Wildhauer Karl Jäger in seiner Wohnung in der Romintenerstraße 23 sein 24 Jahre altes außereheliches Enkelkind und verwundete dann seine Frau durch einen Schuß in den Kopf. Er erschob sich hierauf selbst. Das Motiv der Tat ist Schwermut, hervorgerufen durch längere Nervenkrankheit.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters. 26. Dezember. Tapezierer C. D. G. H. 27. Arbeiter J. W. G. Wieschendorf. Meierist W. M. F. Neumann...

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters. 27. Dezember. Bote B. R. C. Holz. Arbeiter W. F. C. Hiltner. Eisenbahn-Wagenschieber C. B. D. Beth...

Angeordnete Aufgebote.

3. Kellner P. C. R. Lembke und A. N. Wöhler. Stukka- teur Th. Kitting und L. W. Lichtenberg, beide in Düsseldorf. Eisenbahn-Gehilfe S. A. W. Duggen in Travemünde...

Eheschließungen.

4. Januar. Handlungsgehilfe B. H. P. Blohm in Kiel und M. L. F. D. Wittensburg. Steinhilf J. Rubel in Segeberg...

Sterbefälle.

31. Dezember: M. A. geb. Senfleben, Ehefrau des Privatmannes R. Schäfers, 50 J. K. D. Gabeler, 11 M. S. P. Sündermann, 1 M.

Literarisches.

Die oben erschienene Nummer 2 des „Postillon“ enthält an Vollbildern und Illustrationen: Schwarzblau im Trampf. — Aus den Geheimnissen eines Anternehmer-Nachweises. — Prometheus. — Betrachtung. — Zu den englischen Wahlen. — Aus dem Texte erwähnen wir: Zur Gründung der preussischen Duma. — Aus der Reichshauptstadt. V. — Die Anlagebank. — Familienglück. — Fabrikpasha. — Leopold I. — Bauer Biöhl und sein Schwein. — Ehre das Alter und sei höflich gegen die Greise. — Rheinpfelden usw.

Der Preis der Nummer ist 10 Wfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen. Das Januarheft des „Bibliothekar“, Monatschrift für Arbeiterbibliotheken, ist soeben erschienen. Die Nummer, die erste des zweiten Jahrganges, enthält folgende Artikel: Zum Geleit fürs neue Jahr. — Propaganda für die Benutzung der Bibliotheken, von G. Feunig. — Zusammenstellung der Bücherbesprechungen, von R. Waldt. — Bücherbesprechungen. — Bibliothekberichte: Harburg, Leipzig, Kiel, Nadeberg. — Bibliothektechnisches: Verweisungen in Bücherstellen, von Hanauer. — Alle Bibliothekerverwaltungen seien erneut auf die antegende und fördernde Zeitschrift hingewiesen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwartk. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Albed.

Dynamitexplosion im Kohlenbergwerk. In Schwien-towlowitz (Schlesien) erfolgte Freitag abend nach 10 Uhr auf der 450 Meter tiefe im Hauptquerschlag der „Deutsche Landgrube“ eine Dynamitexplosion, durch die ein Mann getötet wurde; vier sind leicht verletzt worden. Als Entstehungsurache wird angenommen, daß beim Bohren von Bohrlochern der Bohrere abgesprungen und an eine Dynamitpatrone geraten ist.

Mutter und Kind verbrannt. In Mühlheim a. d. Ruhr sind bei einem Wohnungsbrande die Frau und das sechs Wochen alte Kind des Bergmanns Wellscheid in den Flammen umgekommen.

Mißo der Arbeit. In Ehrenfeld bei Köln stürzte ein Dachdeckergerüst ein. Der Dachdeckermeister wurde getötet. Ein Lehrling starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Ein Geselle ist lebensgefährlich verletzt worden.

Bergmanns Tod. In der Schiefergrube bei Trimbis (Kreis Mayen) hatte ein junger Bergmann fünf Schlässe gebohrt, wovon einer versagte. Als der Bergmann nachschah, ging ein Schlag plötzlich los und zerschmetterte ihm den Kopf. Er war sofort tot.

Die abgebrochene Trauung. Einen Zwischenfall bei einer Trauung gab es dieser Tage in der evangelischen Kirche in Ranssen bei Steinau a. O., woselbst ein 60 Jahre alter Stellenbesitzer mit einem 20 Jahre alten Mädchen den Bund fürs Leben schließen wollte. Da der Geistliche in seiner Traurede einige mahnende Worte an den Bräutigam im weißen Paar richtete, küßte sich dieser verletzt und verließ mit Braut und Hochzeitsgästen ohne weiteres die Kirche, so daß der Geistliche verblüfft am Altar stehen blieb. Trotz dieses Zwischenfalles wurde der Hochzeitschmaus in lustiger Weise abgehalten.

„Lauter!“ In einem Feuilleton gibt Wilhelm Kullmann folgende Worte amerikanischen Humors: Ein Redner sprach im Freien und wurde oft durch den Zuruf: „Lauter!“ unterbrochen. Der Redner verstärkte seine Stimme, aber eine Minute darauf ertönte der Ruf: „Lauter!“ von neuem. Noch stärker erhob der Redner seine Stimme, aber zum drittenmal ertönte das „Lauter!“ Der Redner schloß einen Augenblick und fuhr dann fort: „Mitbürger! Es wird einst ein Tag kommen, an dem das ganze Getriebe dieser Welt stillsteht, an dem alle ihre Räder zur Ruhe kommen werden, an dem die Sphären aufhören werden zu rollen und alle endlichen Zeitperioden in der Ewigkeit aufgehen werden. In dieser schrecklichen Stunde, wenn der gewaltige Gabriel von den Zinnen des Himmels herniedersteigen und, mit einem Fuß auf dem Meere, mit dem anderen auf dem Lande stehend, seiner Trompete einen Ton entlocken wird, der in den fernsten Winkeln der Welt widerhallen wird, wird dann irgend ein hundsstichtiger Narr schreien: „Lauter!“

Das versunkene Spital. Der Wiener „Neuen Freien Presse“ werden über die Einsturzkatastrope in Raib (Kärnten) folgende weitere Einzelheiten gemeldet: Der Platz, auf dem das Spital gestanden hat, bildet einen kreisrunden Trichter mit einer Weite von etwa 60 Metern. Der Trichter ist bis wenige Meter unterhalb des Randes mit Wasser gefüllt. Das von der Festung am Credit zur Hilfeleistung gerufene Militär warf sofort einen Graben auf, um mit Hilfe elektrischer Pumpen das Wasser in den nächsten Bach zu leiten. Die lange die Ableitungsarbeiten dauern werden, läßt sich noch nicht berechnen. Man vermutet, daß das Haus 40-60 Meter eingesunken und fast ebenso hoch vom Wasser bedeckt ist. Nach der Entfernung der Wassersäulen müßten die Seitenwände des Trichters gestützt werden, bevor mit den Grabungen nach den Verletzten begonnen werden kann. Nach dem Auspruch der bergtechnischen und bergpolizeilichen Kommissionen erscheint jede weitere Gefahr für den Ort ausgeschlossen. Unterhalb des Bergspitals befand sich ein seit Jahrzehnten nicht mehr im Betrieb befindlicher Bleistollen. Durch Sprengarbeiten in der Nähe ist wahrscheinlich das Erdbeben derart erschüttert worden, daß der Einsturz erfolgte. Sieben Opfer sind nach Ansicht von Sachverständigen zweifellos sofort erstickt. — Unser Wiener Korrespondent meldet ferner: Als die Pfarrkirchenloge von Raibl am Sonnabend zwölf schlug, befand sich der Bergarzt Wessely bei einer schwer kranken Patientin, zu der er beim Abschied sagte: „Das weitere morgen, ich habe den ganzen Vormittag gearbeitet und muß jetzt eilen gehen.“ Als er den Raiblbach, der am Spital vorbeifließt, auf der kleinen Brücke überschritt, sah er, wie das Kinder mädchen das Wägelchen mit seinem anderthalbjährigen Zöchterchen beim Haustor anhielt. Er beugte sich und nahm das kleine Mädchen auf den Arm, um es in seine Wohnung hinaufzutragen. Das Kinder mädchen folgte mit dem Wagen. Was in den nächsten Minuten geschah, schildert der einzige Augenzeuge, Gasthofbesitzer Amon, der im Moment der Katastrophe vorüberging. Er sah die Mauern des Spitals, auf das er zufällig den Blick richtete, wanken und wurde von dem Anblick derart gelähmt, daß ihn nicht einmal die Furcht vor der Gefahr eine Bewegung ermöglichte. Er sah am Fenster im ersten Stock die junge Frau mit dem Kind im Arm, im Gesicht den Ausdruck fürchterlichen Entsetzens. Dann hing eine riesige Wolke, ob Rauch oder Staub, weiß er nicht, vor dem Hause auf, es ganz einhüllend. Er hörte betäubendes Krachen einströmender Mauern, brechender Balken und zerdrückter Möbel. Als der Rauch sich verlag, stand das Haus als eine Ruine vor ihm. Da fiel die Frontmauer nach vorn ein und verfiel in einem Schwall, der sich mittlerweile gedünnt hatte. Zwei Menschen entkamen auf wunderbare Weise dem sicheren Tode. Ein Schlosserlehrling, der beim verunglückten Ehepaar Landweiner in Kost war, wartete, am Fenster in dessen Zimmer sitzend auf das Essen. Als plötzlich Wästel von der Mauer fiel und der Boden des Zimmers wankte, schlug der Bursche das Fenster ein, zwängte sich durch die Öffnung und lief schnell davon. Als er sich umschah, war das Spital vom Erdboden verschwunden.

Abgegangene Sklavenschiffe. Der „Corriere d'Italia“ meldet aus Massaua: Das italienische Dampfschiff „Zebra“, das im roten Meer kreuzte, hat zwei große Sklavenschiffe des Sultans von Massat abgefangen. Einer der Sklaven hatte sich hinter dem Rücken der Wächter ins Meer gestürzt und war auf die Signallaterne der „Zebra“ zugegriffen. An Bord gekommen, hatte er dem Befehlshaber des italienischen Kriegsschiffes seine Geschichte erzählt. Dieser unternahm sofort die Verfolgung der feindlichen Segler und brachte sie nach Massaua ein. Die Sklaven, 30 an der Zahl, wurden dem Schutze der bürgerlichen Behörden übergeben.

Diarrhöe des Ausbrechers. Einer Entsetzungssturz zu einem unglücklichen Jüngling hat sich der im Straßener Gefängnis Sankt Gilles internierte König der Ganner Bellert alias Chatterton unterzogen, der als Schwandierberühmtheit in und außerhalb der Grenzen eines Riesenspektakels, durch den er einen braven Bürger von einer Diarrhöe prägte, zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Der unternehmungslustige Schwandier hat sich in sachverständigen Sinne des Wortes „dünne gemacht“, als er vor zwei Monaten in Erfahrung brachte, daß

er zur Verbüßung seiner Strafe vom Gefängnis Sankt Gilles nach der Strafanstalt in Rowain überführt werden sollte. Er hatte sich sofort krank gemeldet und war daraufhin in einer Zelle der Kranken-Abteilung untergebracht worden, wo er auf Grund seines Magenleidens die Nahrungsaufnahme verweigerte und eine freiwillige Hungerkur durchmachte. Dank dieser zielbewußten Entschlossenheit war es Bellert glücklicherweise, in acht Wochen so schlank zu werden, daß er seinen Körper durch das enge Fenster seiner Zelle, deren Gittergitter er in geduldigster Nacharbeit allmählich durchgehät hatte, hindurchzuzwingen vermochte. So fand man denn dieser Tage eines schönen Morgens bei der Wiltaktion die Zelle leer und auf dem Tisch ein höfliches Schreiben, in dem Ehren-Bellert dem Herrn Gefängnisdirektor mit der Bitte um Entschuldigung wegen der verursachten Verdrüßlichkeiten sein Bedauern aussprach, die Anstalt heimlich verlassen zu müssen. Der Gebanke, in ein anderes Gefängnis überzusiedeln, sei ihm aber so unerträglich, daß ihm schlechterdings kein anderer Ausweg übrig geblieben sei. Trotz der ausdrücklichen Versicherung des Briefschreibers, daß er den Fluchtplan allein entworfen und ausgeführt habe, darf man annehmen, daß der Fluchtling, dessen Spur nicht wiedergefunden wurde, Komplizen hatte, die ihm die zum Entkommen benutzte Strickleiter zugefleckt und ihn vom Platze weg in dem bereit gehaltenen Automobil entführt und in Sicherheit gebracht haben.

Genossenschaftsbewegung.

Sparvereins-Konung. Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Dresdner Volkszeitung“ vom 28. Dezember 1909 einen Bericht aus dem Plauenischen Grunde, der sich in folgender entscheidender Weise gegen das weitverbreitete Sparvereinswesen wendet:

In den letzten Jahren schossen diese Vereine und Klubs wie Pilze aus der Erde. Selbst in den kleinsten Orten fanden sich einige Leute und gründeten einen Sparverein, obwohl sie wahrlich Wichtigeres zu tun hätten. — Die Berechtigung dieser Vereine kann zum mindesten sehr bestritten werden. Der Sparer, in den meisten Fällen ist es der Arbeiter, muß alle 14 Tage 50 Wfg. bis 1 Mk. des Sonnabends in das Wirtshaus tragen; kann er dies nicht, so werden ihm an Jahreschlusse so viel Pfennige abgezogen, wieviel mal er die vorgeschriebene Frist versäumt hat. Die einzuliefernde Mindestsumme beträgt gewöhnlich 20 Mk. dafür gibt es ein Abendessen im Werte von 60 Pf. und einige Biermarken; zusammen werden gewöhnlich 90 Pf. bis 1 Mk. ausgeworfen. Dies erhält der Sparer anstatt der Zinsen. Sehr viele Mitglieder sparen aber weit mehr als die festgesetzte Mindestsumme und erhalten dasselbe Essen. Ferner werden in den meisten Sparvereinen im Jahre fünf bis viel Vergünstigungen abgehalten (Sommerfeste, Familien- und Tanzabende etc.), bei denen die Taschen der Sparer wiederum verhalten müssen. In manchen Vereinen werden sogar jedem Mitglied für jedes Vergnügen bei der Auszahlung der Gelder 20 Pf. abgezogen, ganz gleich, ob das Mitglied das Vergnügen besucht oder nicht besucht hat. Für Nichtersparern in der Versammlung zieht man den männlichen Mitgliedern in diesem oder jenem Verein 5 oder 10 Pf. für einmal ab. Dergleichen Dinge ließen sich noch mehr aufzählen.

Bei genauer Prüfung muß es jedem einleuchten, daß er bei dieser Art Sparterei nichts profitiert. Dazu kommt noch, daß der Sparer in keinem dieser Vereine die sichere Gewißheit hat, ob er am Schlusse des Jahres die volle Summe seines eingesteuerten Geldes zurückerhält. In der Regel werden Fälle, wie sie in letzter Zeit zu verzeichnen waren, auf Mangel der Verhältnisse, auf ungenügendes Verantwortungsgefühl, auf unbewußt ungenaue Kontrolle der Revisoren, auf zu großes Vertrauen und auf die Unsicherheit der Grundlage dieser Vereine selbst zurückzuführen sein. Kommt ein Vergehen dieser Art vor, wer ist dann haftbar? Der Verein ist nicht eingetragen und gerichtliche Klage bringt in den meisten Fällen nicht viel ein, da von dem Beklagten nichts wieder zu erlangen ist, als die Bestrafung dieser oder jener Person.

Diese Mahnung zur Vorsicht ist sicher am Platze. Will jemand wirklich etwas sparen, so bieten ihm dazu die Konsumvereine die beste und bequemste Gelegenheit, da die meisten von ihnen keine Beiträge bis herunter zu 25 Wfg. gegen Verabreichung von Sparmarken entgegennehmen, ohne daß dem Sparer irgendwelche andere Kosten erwachsen. Einen höheren Zins als drei oder vier Prozent, wie ihn die Konsumvereine für Spareinlagen gewöhnen, können die Sparvereine und Sparklubs auch nicht gewähren. Dazu kommt, daß die in den Konsumgenossenschaften angelegten Gelder unvergleichlich sicherer sind als in anderen privaten Kassen. Das beweist schon die Tatsache, daß in den 1021 Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes im Jahre 1908 nicht weniger als 18 Millionen Mark Spargelder der Mitglieder vorhanden waren. Allein der Konsum. Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg verfügt über Spareinlagen und angesammelte Fonds der Mitglieder in Höhe von über 4 1/2 Millionen Mark. Dazu kommt noch als wesentliches Moment, daß die in den Konsumvereinen arbeitenden Spargelder nicht „privatkapitalistischen“ Zwecken dienen, sondern im Sinne der Einleger über die Verwendung der aus dem Sparsparenbetriebe sich ergebenden überschüssigen Mitgliedsbeiträge- und Mitversorgungsrecht besitzen.

Ein Väterinnungsblatt über die Vorzüge der Konsumgenossenschaftlichen Väterereien. Die „Neue Bäder- und Konditor-Zeitung“ zu Wiesbaden, hinter der die gesamten Väterinnungen und die Handwerkskammer des Regierungsbezirks stehen, beschäftigt sich in ihren Nummern vom 9. und 16. Dezember 1909 mit den Konsumgenossenschaftlichen Väterereien und kommt dabei zu folgendem Resultate:

Es kann ja nicht bestritten werden, daß in einem großen Betriebe unter tüchtiger Leitung durch praktische Einteilung der Arbeit und unter voller Ausnutzung der menschlichen Kräfte billiger gearbeitet werden kann als in einem kleinen Betriebe, wo durch die Verschiedenheit oder Mannigfaltigkeit vieler einzelner Arbeitsleistungen bezahlter Arbeitskräfte eben nicht so rationell gearbeitet wird und ein Teil der Arbeitszeit ungenutzt verstreicht muß.

Hier wird also in einem Fachblatte der Väterinnungen die technische und kaufmännische Überlegenheit der Konsumgenossenschaftlichen Väterereien offen anerkannt. Wenn trotzdem die Väterinnungen stets bereit sind, jede Eingabe an die Regierungen zur Unterdrückung der Konsumvereine resp. ihrer Väterereibetriebe zu unterschreiben, so charakterisiert sich darin nicht nur ihre wirtschaftliche Rückständigkeit, sondern auch ihre egoistische Rücksichtslosigkeit, die nicht davor zurückschreckt, die der Allgemeinheit Vorteile bringenden Erfolge der Technik und Organisation gänzlich aufzugeben und gleichzeitig für sich selbst die größtmögliche staatliche Subventionierung in Anspruch zu nehmen.